

«Zu sicher gefühlt»

Naika Foroutan zum
Aufstieg von rechts

15

«Wir sind stark»

Was Menschen in
ihrem Alltag bewegen

21

«Wir müssen es wollen»

Ulle Schauws über
Frauen in der Politik

37

böll

THEMA

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Ausgabe 2, 2018



Demokratie braucht Feminismus

Der besondere Tipp

Konferenzen

Baustelle Bildung – Befähigung für die digitale Zukunft

In Kooperation mit Forum Bildung und Digitalisierung

Do, 13. September 2018

Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Grüne Ideengeschichten

Fr-Sa, 28.-29. September 2018

Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Publikationen

Energieatlas 2018: Daten und Fakten über die Erneuerbaren in Europa

Berlin 2018, 52 Seiten

Alternative Antriebe, Autonomes Fahren, Mobilitätsdienstleistungen

Neue Infrastrukturen für die Verkehrswende im Automobilssektor

Berlin 2018, 72 Seiten

Autonomy in Weapon Systems

The Military Application of Artificial Intelligence as a Litmus Test for Germany's New Foreign and Security Policy

Berlin 2018, 56 Seiten

Die Gründungsgeneration der Grünen

Acht Interviews

Berlin 2018, 172 Seiten

«Die Orangen in Europa schmecken besser»

Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt

Berlin 2018, 148 Seiten

Demokratisierung in der Europäischen Union

Studie zu einem Dilemma

Von Christoph Möllers und Linda Schneider

Berlin 2018, 148 Seiten

Download und Bestellung:

www.boell.de/publikationen

Webdossiers

Europa im Aufbruch? Ideen für eine progressive Politik

www.boell.de/de/europa-im-aufbruch

Energieatlas 2018: Daten und Fakten über die Erneuerbaren in Europa

www.boell.de/de/energieatlas-2018-daten-und-fakten-ueber-die-erneuerbaren-europa

Fleischatlas 2018 – Rezepte für eine bessere Tierhaltung

www.boell.de/fleischatlas

Recht und Unrecht auf dem Balkan – 25 Jahre ICTY

www.boell.de/de/recht-und-unrecht-auf-dem-balkan-25-jahre-icty

Blogs

Klimapolitik: <http://klima-der-gerechtigkeit.de/>

Energiewende: <https://energytransition.org/>

Russland: <http://russland.boellblog.org/>

Nahost: <http://heinrichvonarabien.boellblog.org/>

Triple Crisis: <http://triplecrisis.com/>

Just Governance: <http://justgovernance.boellblog.org/>

Baustellen der Globalisierung: <http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.de/>

Podcasts und Mitschnitte

Osteuropa 1968: Weitermachen, wo unsere Eltern aufgehört haben (Böll.Fokus)

Kolumbien: Dies ist nicht die Zeit zu schweigen (Böll.Fokus)

→ on.boell.de/boellfokus

Der Preis des Fleisches (Böll.Spezial)

Künstliche Intelligenz (Böll.Spezial)

→ on.boell.de/boellspezial

Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung auf Facebook unter www.facebook.com/boellstiftung, sehen Sie Filme und Videos bei YouTube (www.youtube.com/user/boellstiftung), Bilder bei Flickr (www.flickr.com/photos/boellstiftung), hören Sie unsere Audiofiles (www.soundcloud.com/boellstiftung) oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der Stiftung über den Kurznachrichtendienst Twitter unter www.twitter.com/boell_stiftung.

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030–2 85 34–0 **F** 030–2 85 34–109

E thema@boell.de **W** www.boell.de/thema

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger,

Ines Kappert und Henning von Bargen

Redaktionsassistentin

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin

www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

picture alliance/NurPhoto

Druck

Ruksaldruck GmbH Berlin

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse

Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

Demokratie braucht Feminismus

Demokratische Rechte müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und erstritten werden. Keine Bevölkerungsgruppe auf allen Kontinenten hat das so erfahren wie Frauen*. Sie haben sich in den vergangenen Jahrhunderten neben dem Wahlrecht viele Rechte erkämpft. Gleichzeitig liegt noch ein langer Weg vor ihnen, vor uns allen: Der Zugang zu Bildung zum Beispiel ist in Deutschland kein Thema mehr – im globalen Süden schon. Die Präsenz von Frauen in öffentlichen Räumen, im Parlament ist fast überall mehr als unzureichend – auch im Deutschen Bundestag. Die Emanzipation von der patriarchalen Geschlechterordnung ist noch lange nicht geschafft – weder in Deutschland noch sonst irgendwo auf der Welt. Gewalt, Diskriminierung, Sexismus und Ungleichheit – sie sind längst nicht überwunden.

Die gute Nachricht ist: Feminismen sind auf dem Vormarsch, Frauen* erkämpfen sich immer neue Räume, um ihre Anliegen weltweit öffentlich zu machen. Das Hashtag #MeToo dokumentiert das globale System sexualisierter Gewalt gegen Frauen* in all seinen Formen. Eindrucksvoll wird das Missverständnis korrigiert, Chauvinismus und damit verbundene Gewaltformen gingen vor allem von den «Anderen» aus, wahlweise den muslimischen, migrantischen oder fremden Männern. Alle Geschichten zeigen: Überall dort, wo ungleiche Verhältnisse herrschen, gibt es auch sexualisierte Gewalt, und Frauen sind hier regelmäßig unterrepräsentiert. Sexuelle Belästigung und Vergewaltigung sind nicht an ein Land, eine Kultur oder eine Religion gebunden, sondern basieren auf einem grundsätzlichen Dominanzverhältnis zwischen den Geschlechtern.

Frauen* setzen der Ungleichheit, der Diskriminierung und den Machtgefällen einer patriarchalischen Gesellschaft auch in anderen Bereichen erfolgreich ihre Ideen vielfältiger Feminismen entgegen: Sie wollen für gleiche Arbeit genauso viel wie ihre Kollegen verdienen, sie pochen auf ihre sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung, und gerade haben sich die Ir*innen das Recht auf Abtreibung erstritten. Das alles macht Mut.

Gleichzeitig erleben wir ein massives Rollback. Die neuen Rechten in Europa, in den USA, aber auch im Deutschen Bundestag haben es geschafft, einen regressiven Diskurs hoffähig zu machen, von dem sich auch andere politische und gesellschaftliche Kräfte anstecken lassen. In Deutschland müssen wir uns derzeit mit Ressentiments und offenen Rassistiken auseinandersetzen – gegen Geflüchtete, gegen Migrant*innen, gegen Muslime, gegen Frauen*.

Das Einfallstor der Rechtspopulisten ist dabei unter anderem der Antifeminismus: Geschickt greifen sie und rechtsextreme Akteure in ihrer Propaganda die Vorurteile und das Unbehagen auf gegen «zu viel» Geschlechtergerechtigkeit, die auch in konservativen Kreisen der gesellschaftlichen Mitte zu finden sind.

Zu viele Demokratien stehen derzeit an einem Scheideweg: Entweder sie nehmen ihren Auftrag wahr, die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Teilhabe der gesamten Bevölkerung zu sichern – oder sie werden noch mehr Legitimationsverluste erleiden.

Herrschafts- und Machtverhältnisse sind veränderbar, das ist die Prämisse der Heinrich-Böll-Stiftung. Und wir kennen unser Ziel: In einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu leben – das bedeutet für mich, für uns, sie so zu gestalten, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Herkunft, Klasse, etc. in ihr frei und gleichberechtigt leben und sie mitgestalten können.

Mit dem vorliegenden Heft wollen wir Mut machen, den Weg weiterzugehen, den Frauen* vor Jahrhunderten eingeschlagen haben, so wie wir es in unserer Arbeit das ganze Jahr über tun. Wir wollen informieren und all die stärken, die für ihre Rechte streiten und kämpfen. Wir wollen von Menschen erzählen, die gegen Diskriminierung und Herrschaft überall in der Gesellschaft und der Welt kämpfen und Demokratien damit reicher machen. Denn Demokratie braucht Feminismus!

Ihre Barbara Unmüßig ■■■



Barbara Unmüßig
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Inhalt

Editorial

1 **Demokratie braucht Feminismus**

Von *Barbara Unmüßig*

Die Bewegung im Augenblick

3 **Zurück zur Solidarität, zurück zur Zukunft** —

Die größte Mobilisierung für die Demokratie geht im Moment von Feminist*innen aus.

Von *Ines Kappert*

Begriffe, Definitionen, Hintergründe

6 **Feminismus im Überblick** — Schlaglichter auf

die Geschichte der Frauenbewegungen, die verschiedenen Strömungen, ihr Selbstverständnis, ihre Themen und Debatten.

Von *Henning von Bargen*

Aktuelle Debatten und Entwicklungen

15 **«Wir haben uns zu sicher gewöhnt»** —

Der Aufstieg von rechts liegt auch an der Kompromissbereitschaft der gesellschaftlichen Mitte, sagt die Migrationsforscherin Naika Foroutan.

Interview: *Ines Kappert*

19 **#MeToo und das Unbehagen der Linken** —

Angriffe auf feministische Proteste verkennen, dass es nicht um die Interessen Einzelner geht, sondern um Gerechtigkeit für alle.

Von *Lea Susemichel*

21 **«Wir müssen zeigen, wie stark wir sind»** —

Sieben Menschen erzählen, warum Demokratie Feminismus braucht.

Eine Fotokolumne von *Jasmin Kalarickal* (Text) und *Ina Schoenenburg* (Fotos)

28 **Heimattreu und aggressiv** — Wie die AfD und ihre Anhänger*innen versuchen, den von linken Frauenrechtler*innen geprägten Begriff des Feminismus für sich umzudeuten.

Von *Andrea Röpke*

30 **Transsexualität ist keine Krankheit** — Kurz nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für eine dritte Geschlechtsoption hat das Gericht eine skandalöse Entscheidung gefällt.

Von *Bini Adamczak*

31 **«Es ist, als gäbe es uns nicht»** —

Seit er denken kann, rennt Kater an gegen die Einteilung in Mann und Frau.

Von *Elisabeth Schmidt-Landenberger*

33 **«Es soll wieder heimlich passieren»** —

Die Frauenärztin Nora Szász wurde angezeigt, weil sie auf der Homepage über die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs in ihrer Praxis informiert.

Von *Annabelle Seubert*

Ideen, Projekte, Visionen

35 **Das Internet ist ein wunderbares Werkzeug** —

Das Internet kann sehr wirkungsvoll sein, wenn es darum geht, Macht- und Herrschaftsstrukturen kritisch zu beleuchten.

Von *Francesca Schmidt*

37 **«Wir müssen wollen, dass Frauen**

kandidieren» — Warum ein Paritätsgesetz allein nicht mehr Frauen in die aktive Politik bringen wird. Die Grünen-Politikerin Ulle Schauws im Gespräch.

Interview: *Heide Oestreich*

38 **Selbstbewusst und radikal ab sechzig** —

Emanzipation für alle gelingt erst, wenn auch ältere Frauen einen respektierten Platz in unserer Gesellschaft einnehmen.

Von *Charlotte Wiedemann*

40 **Für einen solidarischen Feminismus** —

Ob die Zukunft gut wird, hängt auch davon ab, ob die Gesellschaft die Teilhabe aller Menschen ermöglicht.

Von *Gesine Agena*



→ S. 6 Unser großes Dossier bietet eine umfangreiche Zusammenfassung des Themas und zeichnet die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland nach.



→ S. 28 Wie die politische Rechte versucht, das feministische Engagement umzudeuten und für sich zu vereinnahmen.

Die Bewegung im Augenblick

Die größte Mobilisierung für die Demokratie geht im Moment von Feminist*innen aus.

Zurück zur Solidarität, zurück zur Zukunft

Von Ines Kappert

Noch nie sind so viele Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Herabwürdigung von Frauen* zu demonstrieren – in dem Wissen, dass es gleichzeitig die parlamentarische Demokratie zu verteidigen gilt. Am 21. Januar 2017 mobilisierte der Women's March in den USA rund vier Millionen Menschen gegen einen offen rassistischen, frauenverachtenden und antidemokratischen Präsidenten und verwandelte den öffentlichen Raum in ein pinkfarbenes Meer friedlich ausgelassener Bürger*innen. In der ganzen Welt erklärten sich Hunderttausende solidarisch und veranstalteten eigene Protestaktionen gegen den oft kaum weniger grassierenden Chauvinismus im eigenen Land. Kraftvoll brach sich ein über Generationen hinweg gesammeltes feministisches Wissen Bahn: Solidarisch auf die Straße zu gehen, Präsenz zu zeigen, um politischen Forderungen nach Gleichberechtigung, Teilhabe und Gerechtigkeit Gehör zu verschaffen – auch und gerade dann, wenn der Zugang zu politischen Institutionen oder finanziellen Ressourcen weitgehend blockiert ist.

Diejenigen, die nicht demonstrierten, verfolgten den riesigen Protest nicht selten aufgewühlt und berührt an den Bildschirmen. So viele gut gelaunte und kämpferische Feminist*innen, die sich gemeinsam ihrer selbst versicherten und klar machten: An uns werdet ihr nicht vorbeikommen. In dem tiefstzenden Schrecken über die Wahl von Donald Trump keimte Hoffnung auf. Formiert sich im Schatten der erfolgreichen und gleichfalls internationalen rechten Bewegungen ein neues kreatives Wir, das die zur Schau gestellte Lust am Hass und Pomp



zurückzudrängen vermag? Zumindest entlarvt es schon jetzt die rechte, patriarchale Weltanschauung als das, was sie für die Mehrheit der Bevölkerung ist: giftig, banal und erdrückend. Ob dieses werdende feministische Wir wirklich widerstandsfähig ist, wird davon abhängen, ob ein Schluß zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelingt, die von patriarchalen Strukturen ungleich bedroht und angegriffen werden. Als Frau ohne nennenswerte Schulabschlüsse stehe ich anders in der patriarchalen Kritik als eine akademisch ausgebildete Frau, um nur ein Beispiel zu geben. Nichts ist entschieden.

Wenn das feministische Rollköfferchen rollt

Fest steht nur, dass der Aufstieg der Rechten und das Zermürben demokratischer Errungenschaften den offenen Kampf gegen Menschen mit Migrationshintergrund, geflüchtete Menschen und die Selbstbestimmung von Frauen* eingeleitet hat. So versuchte auch die polnische Regierung unlängst, ein totales Abtreibungsverbot im erzkatholischen Land durchzusetzen, was von zigttausenden aus Protest schwarzgekleideten Pol*innen erst einmal verhindert werden konnte. Der «Schwarze Freitag» von 2016 wird in die Geschichte Polens als ein progressiver Höhepunkt eingehen.

Auch in der Türkei strömten Türk*innen mit und ohne Kopftuch auf die Straßen, um gegen Präsident Erdogan und für die Meinungs- und Pressefreiheit zu demonstrieren. Viele riskierten Haftstrafen, um ihren Stimmen in einem Land Gewicht zu verleihen, das sich anschickt, eine lupenreine Diktatur zu werden. In ganz Spanien nahmen am 8. März 2018 eine Million Menschen am Frauenstreik teil, in Barcelona protestierten Hunderttausende gegen die



Feminist*innen protestierten am 4. März 2018 in Warschau gegen verschärfte Abtreibungsbestimmungen.

allzu häufige Straffreiheit bei Vergewaltigung. Nur zwei Monate später entschieden sich die Ir*innen in einem Referendum mit 66,4 zu 33,6 Prozent für die Lockerung des bis dahin radikalen Abtreibungsverbots. Zu Tausenden reisten sie aus dem Ausland in die Irische Republik zurück, um ihre Stimme abzugeben. Das polternde Rollköfferchen wurde zum Symbol eines generationenübergreifenden feministischen Aufbruchs, und die Campaignerin Orla O'Connor stellte jubelnd fest, dass die Frauen vorenthaltene Selbstbestimmung keine Nebensache ist, sondern ein grundlegendes Demokratiedefizit anzeigt: «Es geht um die Zurückweisung, dass Irland Frauen als Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt.» Strahlend sprach der Premier der Irischen Republik Leo Varadka gar von einer «leisen Revolution». Wieder flossen Tränen, aus Erleichterung, Freude und auch Wut über die Zumutungen und Degradierung der vergangenen Jahrzehnte und die Bilder rauschten durch

die internationalen Medien. Wie schön es aussieht, wenn Menschen für ihre Rechte und nicht für ihren Hass kämpfen! Hier blitzte Authentizität auf, mithin die Anwesenheit der ehrlichen Gefühle im öffentlichen Raum, die viele in den vergangenen Jahren schmerzlich vermisst hatten. Erinnern wir uns: Viele Analysen erklären den Aufstieg der Rechten auch mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit der demokratischen Mitte. Im Angesicht des Kulturkampfes der Rechten kehrt Ehrlichkeit zurück, zumindest gelegentlich.

Ende des Burgfriedens: Kristina Hänel geht vor Gericht

Und in Deutschland? Beim bisherigen Gewinner der europäischen Krise geht es noch eher gemächlich, dabei kaum weniger widersprüchlich zu. Bislang gab es keine vergleichbaren Proteste oder Referenden. Doch 2017 konnte das Sexualstrafrecht nach jahrelangem Kampf im guten Sinn reformiert werden, und das Bundesverfassungsgericht befand Anfang 2018, dass es diskriminierend sei, Menschen nur als Männer oder Frauen zu adressieren und entschied, es müsse eine dritte Option geben. Beides sind Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung aller Geschlechter.

Gleichzeitig ist auch hier der Kulturkampf gegen eine vielfältige, solidarische Gesellschaft in vollem Gange. Wie in anderen europäischen Ländern oder den USA hetzen Rechte und Teile der Konservativen gegen Migrant*innen, Schwarze Menschen, People of Color und Muslime, gegen psychisch Kranke und behinderte Menschen sowie gegen Frauen*. Wissenschaftler*innen und alleinerziehende Mütter werden von

Ein 10-Jähriger beim Women's March am 20. Januar 2018 in New York.



Die Bewegung im Augenblick

Rechten bis Konservativen zu Bedrohungen stilisiert, die ein harmonisches Miteinander verhinderten. So verstaubt es anmutet, die drei Ks sind zurück: Kinder, Kirche, Küche. Das rein weiß und männlich besetzte Heimatministerium dürfte sein Übriges tun, um dieses geschlossene Weltbild samt Kruzifix unter die Leute zu bringen und Deutschland als Zuhause nur für christlich geprägte Menschen, vor allem Männer, zu definieren.

Zusätzlich verbindet sich die hasserfüllte, antidemokratische Rückwärtsgewandtheit mit der Sehnsucht nach einem deutschen Reich, in dem der Holocaust nur noch als «Vogelschiss» in einer «tausendjährigen erfolgreichen deutschen Geschichte» gesehen wird, wie es Alexander Gauland unlängst auf einem Parteitreffen in Thüringen formulierte. Die von ihm geführte AfD stellt seit 2018 die stärkste Opposition im Bundestag. Auch Teile der Union orientieren sich massiv nach rechts. Mit Horst Seehofer (CSU) und Jens Spahn (CDU) haben sie ausgesprochen frauen-, feminismus-, islam- und behindertenfeindliche Galionsfiguren in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit gestellt und damit den Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen*, Behinderten, Migrant*innen und Geflüchteten aufgenommen. Die Zahl ihrer Anhänger*innen ist beträchtlich.

Auch die Debatte um Schwangerschaftsabbrüche ist neu entfacht. Ende 2017 wurde die Frauenärztin Kristina Hänel wegen vermeintlicher Werbung für Schwangerschaftsabbrüche zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt. Die Union verteidigte das Urteil und stellte klar: Der dafür verantwortliche Paragraf 219a werde unverändert bleiben, trotz aller Kritik und gegenteiliger Absprachen mit dem Koalitionspartner. Artig knickten die mittlerweile maugrauen Sozialdemokrat*innen ein. Dass die Mehrheit der Leitmedien das Urteil gegen Hänel kritisieren, ist erfreulich, darf aber nicht über die Mehrheits- und Machtverhältnisse hinwegtäuschen: Der Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland eine Straftat, entsprechend können Informationen darüber als Werbung gewertet werden. Damit basiert auch hier geltendes Recht auf der Annahme, dass Frauen grundsätzlich keine verantwortliche Entscheidung treffen können, daher beaufsichtigt und zwangsberaten werden müssen.

Time's Up

Natürlich ist der gegenwärtige feministische Aufbruch nicht denkbar ohne die Erschütterungen, die der Hashtag #MeToo ausgelöst hat. Die gigantische globale Dokumentation sexualisierter Gewalt nicht allein, aber vor allem gegen Frauen* zeigt, wie systematisch und alltäglich Ungleichheit zwischen den Geschlechtern mithilfe von Herabwürdigung oder direkter körperlicher Gewalt abgesichert wird. Sexualisierte Gewalt findet überall dort statt, wo Menschen andere beleidigen, herabwürdigen oder körperlich verletzen können, weil sie mächtig sind – und der Gesetzgeber systematisch wegsieht, ähnlich wie das Umfeld, ob nun aus Opportunismus oder Angst. Die Übergriffe gehen von schwergewichtigen Geschäftsmännern, gefeierten Hollywoodproduzenten, hochgebildeten Mitgliedern des schwedischen Nobelpreis-Komitees genauso wie von eingesessenen Führungskräften im Kultur- und Medienbetrieb oder dem sogenannten kleinen Mann aus, ganz egal welcher Kultur oder Religion sie angehören. Dass nun auch im Kultur- und Medienbereich Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet werden, ist ein wichtiger Schritt für die Anerkennung der Tatsache, dass Erfahrungen sexualisierter Gewalt kein individuelles Problem sind, folglich eine strukturelle Abhilfe erfordern.

Menschenrechte werden gegenwärtig wieder scharf bekämpft und demokratische Handlungsspielräume radikal beschnitten. Das globale ökologische und sicherheitspolitische Gefüge führt zu uferloser Gewalt und zwingt Millionen von Menschen ins Exil. Die parlamentarischen Demokratien scheinen an einem Scheideweg zu stehen: Entweder sie ermöglichen nun endlich doch die politische, ökonomische und kulturelle Teilhabe der gesamten Bevölkerung oder sie werden sich als Inseln relativer Sicherheit und Freiheit nicht länger halten können. Entweder sie nehmen die Herausforderungen an, welche auch die von den meisten Konservativen (nicht von den Rechtsextremen) verschlafene digitale Revolution, die Einwanderung und die veränderten Lebensweisen mit sich bringen und gestalten diese demokratisch aus – oder der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt weiter und wird irgendwann der Autokratie Platz machen. Wohin die Reise gehen wird, ist selbst im wohlhabenden Deutschland unklar. Die Geister auf allen Seiten sind geweckt. Das ist beunruhigend, doch darin liegt auch eine große Chance. ■■■

Ines Kappert ist promovierte Literaturwissenschaftlerin. Seit 2015 leitet sie das Gunda-Werner-Institut. Zuvor war sie acht Jahre lang für die politische Kommentierung des Tagesgeschehens in der taz verantwortlich.

Am Rande der Demonstrationen zum Frauentag am 8. März 2017 in Rom.



Begriffe, Definitionen, Hintergründe

Schlaglichter auf die Geschichte der Frauenbewegungen, die verschiedenen Strömungen, ihr Selbstverständnis, ihre Themen und Debatten.

Feminismus im Überblick

Von **Henning von Barga**n

Inhalt

- 6 Begriffe / FAQ's
- 9 Von Welle zu Welle
- 14 Aktuelle Themen, Fragestellungen und Debatten

Begriffe und FAQs

1. Gibt es «den» Feminismus überhaupt?

Feminismus ist vielfältig und variiert – je nachdem welche Gesellschaft oder welche historische Zeit man betrachtet. Das schlägt sich auch in den vielen verschiedenen Begriffen nieder, die jeweils auf Unterschiedliches verweisen: Einige, wie Gleichstellungsfeminismus, Differenzfeminismus und diskurstheoretischer Feminismus, zeigen die Verbindung zu den jeweiligen Denkschulen und Theorien. Andere vertreten eher: Von Netzfeminismus wird zum Beispiel gesprochen, wenn es um feministische Themen und Aktivitäten im Internet oder um eine kritisch-feministische Perspektive auf netzpolitische Themen geht.

Eine den verschiedenen feministischen Strömungen gemeinsame Grundannahme ist, dass alle Geschlechter gleichwertig sind und deshalb gleichberechtigt sein sollten. Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter ist aber noch lange nicht erreicht. Feminismus analysiert aus verschiedenen Blickwinkeln die Gründe, warum Gleichberechtigung noch nicht geschafft ist. Er geht zum Beispiel Fragen nach wie: Warum ist das Einkommen von Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21 Prozent geringer als das von Männern? Warum sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert? Warum haben 35 Prozent der Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erlebt? Was verhindert, dass Frauen politische Ämter überneh-

men und im Bundestag nicht mehr als 31 Prozent stellen? Wie prägen Schönheitsideale und Körperbilder Mädchen und Jungen und schränken sie in ihrer körperlichen und psychischen Entwicklung ein?

Antworten auf diese Fragen sind vielschichtig und nicht einfach. Aber es sind immer Dominanz- und Machtverhältnisse, die Gleichberechtigung verhindern. Feminismus benennt diese und setzt sich dafür ein, dass jede*r das eigene Leben auf vielfältige Art und Weise selbstbestimmt und gewaltfrei gestalten kann. Grundsätzlich gilt: Feminismus strebt eine gerechtere Gesellschaft für alle an und will keine Umdrehung von Herrschaft, wie oft von Antifeminist*innen behauptet wird.

2. Ist Gleichstellung der Geschlechter nicht längst erreicht?

Auf rechtlicher Ebene ist die Gleichstellung der Geschlechter sicherlich weitgehend festgeschrieben. Auch klassisch sexistische oder homosexuellenfeindliche Einstellungen haben insgesamt abgenommen – zum Beispiel die Meinung, Frauen gehörten an den Herd oder Homosexuelle und Transmenschen seien krank. Das bedeutet aber nicht, dass Diskriminierung oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verschwunden wäre. Die rechtliche Gleichstellung im gesellschaftlichen Miteinander, in den Strukturen öffentlicher Institutionen, der Wirtschaft und in der politischen Gestaltung ist nur lückenhaft umgesetzt. So gehört Sexismus für viele Frauen zum (beruflichen) Alltag. Sie werden etwa indirekt beim Einstellungsge-

sprach gefragt, ob sie planen, Kinder zu bekommen, oder wie sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollen – Männer hören so etwas nicht.

Auch kämpfen Frauen noch immer gegen Vorurteile hinsichtlich ihrer beruflichen Fähigkeiten. Sie verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer, erfahren sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie sexualisierte Gewalt im häuslichen Umfeld. Nicht zuletzt übernehmen Frauen den größten Teil der Care-Arbeit, also Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere Menschen sorgen, wie zum Beispiel Hausarbeit, Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen. Viele Frauen reduzieren Erwerbsarbeit, um unbezahlte Care-Arbeit zu übernehmen. Das erhöht ihr Armutsrisiko vor allem im Alter.

Auch Männer erleben Benachteiligungen aufgrund überholter Vorstellungen von Geschlechterrollen, zum Beispiel, wenn sie Elternzeit nehmen oder nicht den traditionellen Männlichkeitsbildern im Betrieb entsprechen wollen. Weiterhin diskriminiert werden Lesben, Schwule, Inter- und Transmenschen. Viele Menschen finden nicht heterosexuelle Lebensweisen immer noch problematisch. Erst das Bundesverfassungsgericht hat im November 2017 dem Gesetzgeber aufgetragen, den Weg für die Anerkennung eines dritten Geschlechts freizumachen (s.a. Seite 30).

Eine offene und demokratische Gesellschaft ist dafür verantwortlich, dass Minderheiten geschützt und auch strukturell nicht ausgeschlossen werden. Das klappt nur, wenn Menschen Aversionen gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen abbauen und die politischen Akteur*innen Veränderungen verantwortungsvoll vorantreiben.

3. Was hat Feminismus mit Gender zu tun?

Zu der feministischen Wissenschaft und Theoriebildung gehören wissenschaftliche Konzepte, die Geschlecht als sozial konstruiert (gender) und damit unabhängig vom biologischen Geschlecht (sex) betrachten. Geschlechterrollen stellen soziale Zuschreibungen dar und sind daher veränderbar. Feministische Wissenschaft erforscht, wie sich soziale Prozesse und Machtverhältnisse zwischen Geschlechtern gestalten und zu geschlechtsspezifischen Benachteiligungen sowie zur Strukturierung und Hierarchisierung des Alltags beitragen.

Gender als Analyse-kategorie hat auch die Forschung zu sexuellen Minderheiten vorangetrieben und damit im Alltag dazu beigetragen, dass Menschen von den Zwängen der binären Geschlechternorm befreit werden. Einige feministische Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen problematisierten diese Abkehr vom Kollektivbegriff «Frau» und hin zu den differenzierenden Konzepten des Gender und der Dekonstruktion von Geschlecht. Für politisches Handeln betrachten sie die Existenz von Frauen

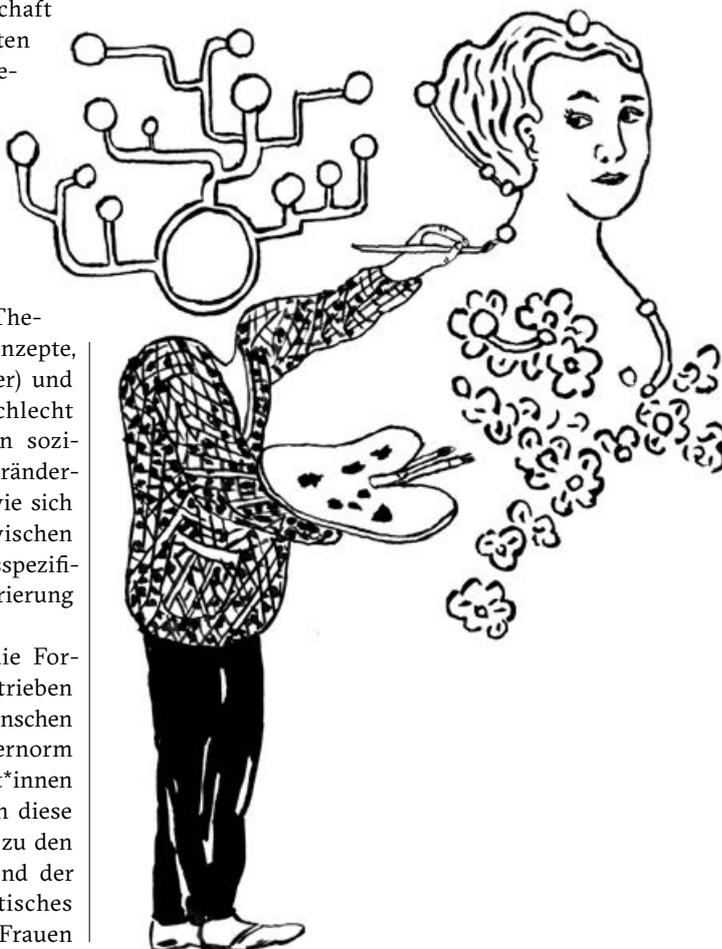
als erkennbare Subjekte, als soziale und politische Kategorie als notwendig. Einerseits Gender als das «kritische Werkzeug» des Feminismus zu betrachten (Sabine Hark), und andererseits «mehr Feminismus» zu wagen (Mechthild Veil), ist ein möglicher Weg, damit umzugehen.

4. Können auch Männer Feminist*innen sein?

Aber sicher! Feminist*innen setzen sich dort, wo Menschen wegen ihres Geschlechts benachteiligt werden, dafür ein, das zu verstehen und zu überwinden. Viele Männer sind laut Genderforscher Andreas Kraß in ihrem Alltag, so wie sie handeln, Feministen, ohne sich so zu bezeichnen. Wenn sie zum Beispiel Anstoß daran nehmen, dass eine Frau verbal oder körperlich belästigt wird. Oder wenn sie es nicht in Ordnung finden, dass Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden. Als Feminist finde ich es okay, möglicherweise auf Privilegien verzichten zu müssen, die ich bislang bewusst oder unbewusst für mich in Anspruch genommen habe. Wenn zum Beispiel Frauen genauso viel wie ihre männlichen Kollegen verdienen sollen, bleibt die nächste Gehaltserhöhung für die Männer aus. Mit dem subjektiven Gefühl der Benachteiligung in diesem Fall können Feministen* umgehen.

*

Im Alltag wird zumeist männliche, nicht geschlechtsneutrale und manchmal diskriminierende Sprache benutzt. Diese erzeugt Bilder und Denkmuster, die Menschen ausgrenzen. Unsere Autor*innen verwenden in diesem Heft daher überwiegend das Gender-Sternchen (*), um alle Menschen einzubeziehen. Es schafft mehr Sichtbarkeit für Frauen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intersexuelle Personen (LSBTTI) und Menschen, die sich keinem Geschlecht eindeutig zuordnen wollen.



Begriffe, Definitionen, Hintergründe

5. Was ist Antifeminismus?

Seit Frauen sich gegen ihre Unterdrückung wehren, gibt es immer wieder Bestrebungen, ihre Emanzipation zu verhindern. So versuchten beispielsweise vor mehr als 100 Jahren Antifeministen, das Wahlrecht für Frauen zu torpedieren. Bei der Gründung der Bundesrepublik war es ein harter Kampf, die Gleichberechtigung von Frau und Mann im Grundgesetz zu verankern. Trotzdem konnte ein Mann zum Beispiel noch bis 1976 per Gesetz als Haushaltsvorstand seiner Ehefrau verbieten, berufstätig zu sein. Auch heute geht es Antifeminist*innen im Kern immer noch darum, Frauen ihre der «Natur» entsprechende Rolle in der Gesellschaft zuzuweisen. Sie sollen Kinder bekommen und sich um die Familie kümmern, die als «Keimzelle der Nation» betrachtet wird. Antifeminismus bedeutet, feministische Anliegen und Positionen pauschal, aktiv und oft organisiert zu bekämpfen oder zurückzuweisen, sei es als Individuum in Internet-Diskussionen, sei es in Parteien oder anderen Gruppierungen.

Aktuell zeigt sich Antifeminismus in einem neuen Gewand als Anti-Gender-Mobilisierung. Diese richtet sich nicht nur gegen Feminismus und Gleichstellung, sondern auch dagegen, die Vielfalt sexueller Lebensweisen und Identitäten als gleichwertig zu akzeptieren. Ebenso wird gegen die Gender Studies und Geschlechterforschung als angebliche «Gender-Ideologie» mobilisiert. Dabei werden Feindbilder konstruiert, wie zum Beispiel die Behauptung, Feminismus sei eine einheitliche und übermächtige Bewegung, die Männer unterdrücken wolle und ein gemeinschaftliches Miteinander verhindere.

6. Bin ich Antifeminist*in, wenn ich gegen die Quote bin?

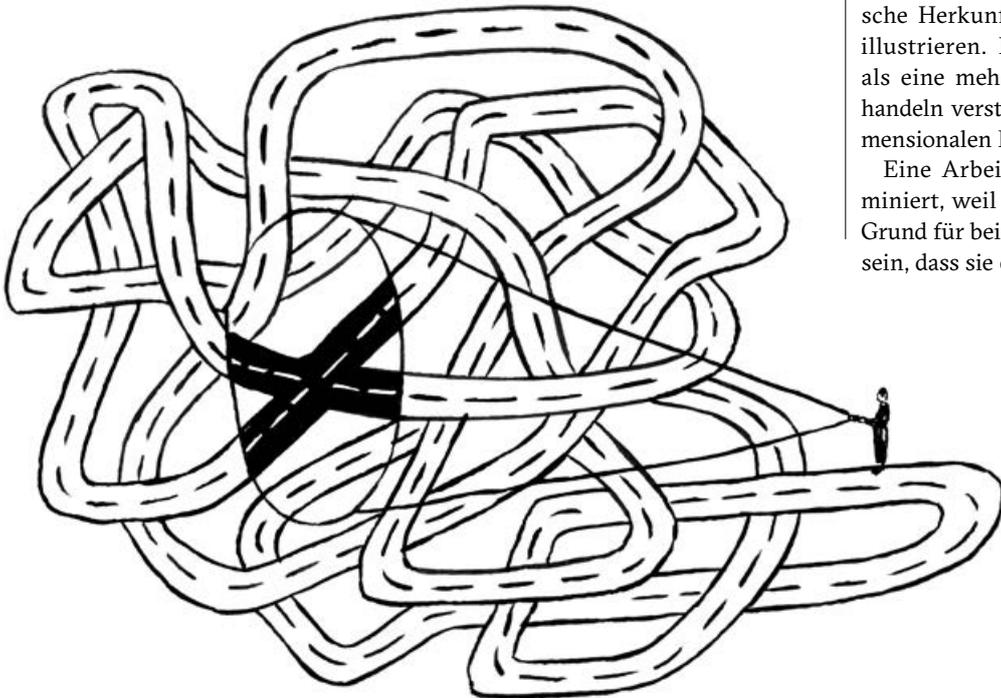
Manche Menschen finden die feministische Grundannahme, dass alle Geschlechter gleichwertig sind und deshalb gleichberechtigt sein sollten, falsch, fragwürdig oder befremdlich. Sie sind deshalb nicht automatisch antifeministisch. Wer Mühe mit feministischen Prämissen hat, ist vielleicht geschlechterkonservativ eingestellt, fachlich wenig über Geschlechterthemen informiert oder einfach nicht interessiert.

Anders als Antifeminismus setzt sich Geschlechterkritik fachlich informiert mit Geschlechterkonzepten oder Geschlechterforschung auseinander und ist auch ein Bestandteil der Geschlechterforschung und feministischer Diskussionen.

7. Was bedeutet es, intersektional zu denken und zu handeln?

Angeregt durch die Erfahrungen Schwarzer Frauen und Lesben, die sich im Feminismus westlicher weißer Mittelschichtsfrauen nicht wiederfanden, kam in feministischen Diskursen schon früh die Frage auf, wie verschiedene Differenzdimensionen wie Geschlecht, Klasse und Race miteinander verwoben sind und sich gegenseitig verstärken oder aber auch aufheben können. Denn die Rede von einer gemeinsam erfahrenen Unterdrückung qua Geschlecht griff vor dem Hintergrund rassistischer Ausgrenzung Schwarzer Frauen zu kurz. Der Begriff Intersektionalität selbst wurde erstmals durch die amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw (1989) ins Spiel gebracht, die das Bild der Straßenkreuzung (englisch: intersection), an der sich Machtwege kreuzen, überlagern und überschneiden, verwendete. Sie wollte damit die Verwobenheit sozialer Ungleichheiten, wie sozialer Status, ethnische Herkunft, Behinderung und/oder Geschlecht, illustrieren. Entsprechend kann Intersektionalität als eine mehrdimensionale Art zu denken und zu handeln verstanden werden, als Alternative zu eindimensionalen Erklärungsmustern.

Eine Arbeiterin wird möglicherweise nicht diskriminiert, weil sie Frau oder weil sie Schwarz ist. Der Grund für beispielsweise eine Entlassung könnte aber sein, dass sie eine Schwarze Frau ist.





Von Welle zu Welle

Schlaglichter auf die Geschichte des Feminismus: Was hat sich in Deutschland verändert seit Beginn der ersten Frauenbewegung?

Feminismus war immer vielfältig

Frauenbewegungen kämpfen für eine Gleichstellung der Geschlechter auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene. Sie waren und sind vielfältig, je nach Epoche, Gesellschaft und kulturellen Milieus, wie zum Beispiel bürgerliche und proletarische Bewegungen oder antikoloniale Frauenbewegungen in Afrika und Lateinamerika. In dieser Zeitleiste liegt der Fokus auf der Geschichte der deutschen Frauenbewegungen. Bis heute werden historisch zumeist drei Wellen unterschieden, in denen sich Frauen aktiv für ihre Rechte einsetzten.

ERSTE WELLE DER FRAUENBEWEGUNGEN

Die erste Welle der Frauenbewegung nahm im 18. Jahrhundert ihren Anfang und war stark von dem Ziel der Französischen Revolution, der Gleichheit aller Menschen, und den Ideen der Aufklärung geprägt. Während dieser Phase haben sich zwei unterschiedliche Strömungen entwickelt: die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung.

1791 – Olympe de Gouges verfasst die «Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin»

«Frauen, wacht auf! Was auch immer die Hürden sein werden, die man euch entgegen stellt, es liegt in eurer Macht, sie zu überwinden. Ihr müsst es nur wollen».

Olympe de Gouges (1748–1793) war eine französische Revolutionärin, Frauenrechtlerin und Schriftstellerin. Sie proklamierte im Zeitalter der Aufklärung die Gleichheit aller Menschen und vertrat damit als Vorreiterin Grundgedanken der Frauenbewegung.

1843 – Louise Otto-Peters schreibt in einem Zeitungsartikel «Die Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.»

Die Autorin Louise Otto-Peters (1819–1895) gilt als eine frühe Vertreterin der Frauenbewegung im deutschsprachigen Raum. Sie gründete 1865 zusammen mit Auguste Schmidt den «Allgemeinen deutschen Frauenverein». Peters kämpfte dafür, die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit zu erweitern, damit insbesondere unverheiratete Frauen ökonomisch unabhängig wurden. 1866 erschien ihre Schrift «Das Recht der Frauen auf Erwerb».

1848/49 – Revolution und ihre Folgen

Nach der Revolution, während der Frauen eine aktive Rolle gespielt hatten, wurde es ihnen verboten, politisch aktiv zu sein. Zudem gab es ein explizites politisches Versammlungs- und Vereinigungsverbot für Frauen.

1865 – Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins

Eines der Hauptziele des Vereins war es, Bildungschancen für Frauen zu verbessern und deren Berufstätigkeit zu fördern. Der Frauenverein forderte ein Recht auf Arbeit und die Einrichtung von Industrie- und Handelsschulen für Mädchen sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

1887 – Helene Lange veröffentlicht «Die höhere Mädchenschule und ihre Bestimmung»

Die Schrift von Helene Lange (1848–1930) wird als die «Gelbe Broschüre» bekannt. Sie kämpfte dafür, die Ausbildung der Mädchen und der Lehrerinnen in Preußen zu verbessern. Unter anderem wegen ihres Engagements durften 1896 erstmals sechs junge Frauen in Berlin die Reifeprüfung ablegen. 1890 gründete sie den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein.

1896 – Frauenstudium in Deutschland

In Baden setzte die Regierung gegen die letzten männlichen Proteste aus der Professorenschaft das Frauenstudium durch. Die badischen Universitäten Heidelberg und Freiburg waren die ersten in Deutschland, die Frauen den vollen Zugang gewährten. Ab 1896 waren Frauen als Gasthörerinnen an Universitäten in Preußen zugelassen. Durch den Einfluss von Frauen entstanden an den Universitäten auch neue Forschungsfelder; so bereitete Alice Salomon (1872–1948) der Sozialen Arbeit den Weg als Wissenschaft.

1911 – Erster Internationaler Frauentag

Clara Zetkin schlug 1910 die Einführung eines Internationalen Frauentages vor. Die Vereinten Nationen erkoren später den 8. März als Datum aus. Er entstand als Initiative sozialistischer Organisationen im Kampf um die Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen und die Emanzipation der Arbeiterinnen. Hierfür setzte sich auch Rosa Luxemburg (1871–1919) besonders ein.

Begriffe, Definitionen, Hintergründe

1918 – Frauenwahlrecht

Als großer Erfolg der ersten Frauenbewegung wurde das aktive und passive Wahlrecht für alle Bürgerinnen ab 21 Jahren in der Weimarer Verfassung verankert. Bei den Wahlen im Januar 1919 gab es 90 Prozent Wahlbeteiligung der Frauen und zehn Prozent weibliche Abgeordnete im Parlament. Für das Frauenwahlrecht war zuvor lange gekämpft worden. Gleichzeitig mit dem Wahlrecht wurde der Abbau der Geschlechtsvormundschaft beschlossen: die Vormundschaft der Väter über mündige, unverheiratete Frauen und die Vormundschaft des Ehemannes.



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Weg zum SPD-Kongress. Magdeburg, 1910.

1933 – Zeit des Nationalsozialismus

Mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten endeten die Frauenbewegungen der ersten Welle. Es gab einschneidende Rückschritte auf dem Weg zur Emanzipation. So wurde Frauen beispielsweise die Ausübung gehobener Berufe verboten und das passive Wahlrecht wieder entzogen.

Der jüdische Frauenbund arbeitete weiter, bis er von der Regierung 1938 verboten wurde. Auch Verbände und Organisationen der proletarischen Frauenbewegung wurden gemeinsam mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Vereinigungen von den Nationalsozialisten zwangsaufgelöst bzw. verboten.

ZWEITE WELLE DER FRAUENBEWEGUNGEN

Nach dem 2. Weltkrieg lebte in den 1960er-Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Frauenbewegung wieder auf. Sie war stark beeinflusst durch die damalige Student*innenbewegung. Es gründeten sich verschiedene autonome Frauengruppen und Netzwerke, die versuchten, öffentlichkeitswirksam auf Benachteiligungen von Frauen aufmerksam zu machen. Trotz völlig unterschiedlicher politischer Richtungen waren sich die Bewegungen einig in ihren Hauptforderungen: Recht auf Selbstbestimmung, aktives Mitspracherecht in der Politik, uneingeschränkter Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten und die Abschaffung des Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch).

In den 1980er-Jahren entstand die Schwarze feministische Frauenbewegung. Schwarze Frauen fühlten sich unterdrückt und wurden unterdrückt durch den herrschenden Rassismus in der mehrheitlich *weißen* Frauenbewegung. «Frausein» und Feminismus wurde gleichgesetzt mit *weißen* Frauen, Schwarze Frauen wurden nicht wahrgenommen und begannen, sich zu artikulieren. Die afroamerikanische Dichterin und feministische Philosophin Audre Lorde war prägend und regte den Austausch von Ideen und Erfahrungen zwischen *weißen* und Schwarzen Frauen, insbesondere aber die Kommunikation zwischen Schwarzen deutschen Frauen/Schwarzen Frauen in Deutschland sowie die Forschung zur Geschichte Schwarzer Frauen an.

1949 – Gleichberechtigung in der Verfassung

In der Verfassung der DDR hieß es in Artikel 7 «Mann und Frau sind gleichberechtigt». Im Westen setzten die SPD-Politikerinnen Elisabeth Selbert und Friederike Nadig gegen anfangs heftigen Widerstand Artikel 3 Abs. 2 «Männer und Frauen sind gleichberechtigt» für das bundesdeutsche Grundgesetz durch. Sie zählen zu den vier «Müttern» des Grundgesetzes, die von September 1948 bis Mai/Juni 1949 neben den 61 Männern

des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz für die BRD erarbeiteten. Erst ab 1957 wurden nach und nach die gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, die gegen Artikel 3 des Grundgesetzes verstießen. Dazu gehört unter anderem das Letztentscheidungsrecht des Ehemannes in allen Eheangelegenheiten und über die Berufstätigkeit der Ehefrau. Erst 1994 wurde der Artikel ergänzt um den Zusatz: «Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.»

1961 – Frauen in der Regierung

1961 wird erstmals mit Elisabeth Schwarzhaupt eine Frau Bundesministerin. Sie ist für das Gesundheitswesen zuständig. Bis eine Frau das Amt der Bundeskanzlerin bekleiden wird, wird es noch über 40 Jahre dauern. In den 1980er-Jahren etablierte sich mit den GRÜNEN eine Partei, die sich dem Feminismus verpflichtet fühlte. Vor diesem Hintergrund modernisierte die regierende CDU ihre Frauenpolitik und berief 1986 Rita Süßmuth zur ersten Frauenministerin. Rita Süßmuth warb vor allem für die bessere Vereinbarkeit von Familie mit anderen Lebensbereichen für beide Partner.

1968 – «Der Tomatenwurf»

Der «Tomatenwurf» gilt als Startsignal für die zweite Welle der Frauenbewegung im Westen. Auf dem Kongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes beschuldigte Helke Sander, Sprecherin des Aktionsrates zur Befreiung der Frau, die SDS-Männer, in ihrer Gesellschaftskritik nicht weit genug zu gehen, weil sie die Diskriminierung der Frauen ignorierten. Daraufhin warf Sigrid Damm-Rüger als Zeichen weiblichen Protests Tomaten in Richtung des Vorstandstisches. Künftig machen Frauengruppen und Weiberräte die Öffentlichkeit immer wieder mit spektakulären Aktionen auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und Frauendiskriminierung aufmerksam.

1971 – Stern-Titel «Wir haben abgetrieben»

Die Journalistin Alice Schwarzer initiierte die öffentliche Selbstbezeichnung von 374 prominenten und nicht prominenten Frauen. Die Frauen bekennen sich öffentlich im Stern dazu, abgetrieben und damit gegen geltendes Recht des Paragraphen 218 StGB ver-



stoßen zu haben. Die Aktion erregte großes Aufsehen in West-Deutschland, weil sie erstmals öffentlich das Tabuthema Abtreibung ansprach und die Gründung mehrerer feministischer Gruppen anregte, die sich gegen den Paragraphen 218 engagierten. Anders als in der BRD waren Abtreibungen in der DDR seit 1972 in den ersten drei Monaten legal.

1973 – Eröffnung von Frauenräumen

Frauzentren haben sich nach der Eröffnung des ersten Frauenzentrums 1973 in West-Berlin schnell als Anlaufstellen und Ort des Austauschs für Frauen unabhängig von der politischen oder feministischen Richtung verbreitet. In der Folge entstehen Lesbengruppen, Frauencafés, Frauenkneipen, und autonome Frauenprojekte wie Frauenhäuser. Das erste Frauenhaus wurde 1976 in West-Berlin von Frauen der autonomen Frauenbewegung gegründet. Sie verbreiteten sich schnell in ganz West-Deutschland. Seither sind sie Zufluchtsort für Frauen und ihre Kinder, die Gewalt durch Partner erleben.

1976 – Feministische Medien erscheinen

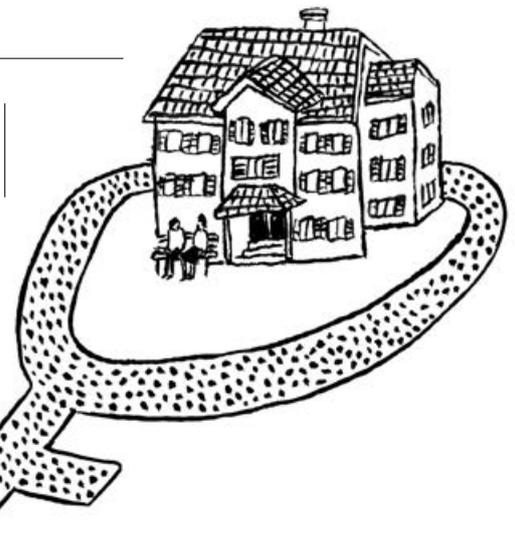
Von 1976 bis 1984 erschien die feministische Zeitschrift *Courage* in West-Berlin. Die selbstverwaltete autonome *Courage* galt als Sprachrohr und Kommunikationsplattform der autonomen links-feministischen

und lesbischen Szene. Sie griff Themen auf, die im gesellschaftlichen Klima der damaligen Zeit als äußerst heikel galten, und machte Frauen Mut, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. 1977 erschien erstmals die Zeitschrift EMMA mit einer Auflage von rund 200.000 Exemplaren. Mit ihr wurde die Herausgeberin Alice Schwarzer zu einer der führenden Figuren der deutschen Frauenbewegung.

Meinungsbildend wurden künftig auch Frauen-Seiten in Tageszeitungen, allen voran in der *taz* mit links-feministischer Ausrichtung – zum Teil in Kontroverse zu Positionen der EMMA; ebenso Sendungen im Hörfunk – etwa Zeitpunkte in Berlin und Fernsehmagazine.

1977 – Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts

Mit dem Gesetz treten eine Reihe neuer Regelungen in Kraft: Es wird unter anderem die sogenannte «Hausfrauenehe» abgeschafft, die die Frau gesetzlich zur Haushaltsführung verpflichtete. Das Recht des Ehemannes, ein Dienstverhältnis seiner Ehefrau fristlos zu kündigen, wird damit aufgehoben. Im Ehescheidungsrecht wird das Schuldprinzip zugun-



ten des Zerrüttungsprinzips aufgegeben. Zudem kann nun bei Eheschließungen der Nachname der Frau gemeinsamer Familienname werden.

1970/80 ER – Feministische Lehre und Forschung

1976 hielt mit der ersten Berliner Frauenuniversität der Feminismus Einzug in die Wissenschaft. In den 1980er-Jahren trug u.a. Christina Thürmer-Rohr mit ihrer These der Mittäterinnenschaft wesentlich dazu bei, das feministische Selbstbild zu überdenken und in der feministischen Forschung andere methodologische Zugänge zu entwickeln.

Die Soziologin Ute Gerhard erhielt den ersten Lehrstuhl für Frauen- und Geschlechterforschung an einer deutschen Universität. Gender Studies, die explizit und interdisziplinär fragen, wie das Geschlecht menschliche Gemeinschaften prägt und wie das Geschlecht wiederum von ihnen geformt wird, wurden erstmalig 1997 an der Humboldt-Universität zu Berlin institutionalisiert.

1980 – Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz

Der Grundsatz der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz wird als Rechtsanspruch im BGB festgeschrieben. Ebenso das Recht auf gleiches Entgelt. Stellenausschreibungen sollen geschlechtsneutral formuliert werden. Der Arbeitgeber trägt künftig im Prozess die Beweislast, wenn die Arbeitnehmerin Verhaltensweisen und Entscheidungen glaubhaft machen kann, die auf eine Benachteiligung wegen ihres Geschlechts hindeuten. Die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern, die sogenannte Lohnlücke (Gender Pay Gap) ist bis heute ein zentrales feministisches Thema.



5. Juni 1971 in der Frankfurter Innenstadt: Rund 5000 Bürger*innen unterschreiben eine Petition gegen den Paragraphen 218 und bekunden so ihre Solidarität.

Begriffe, Definitionen, Hintergründe

1980ER – Frauengruppen in der DDR

In der Deutschen Demokratischen Republik gab es in den 1980er-Jahren unter dem Dach der evangelischen Kirche rund 100 Frauengruppen, die verschiedenen Strömungen angehörten. Alle Gruppen waren miteinander vernetzt – durch übergreifende Frauengruppentreffen, Frauenzeitschriften, Frauencafés, Kirchentagstreffen, Workshops und persönliche Bekanntschaften. Das kollektive Selbstverständnis der Frauenbewegung wurde Anfang bis Mitte der 1980er-Jahre vor allem durch die Auseinandersetzung mit friedenspolitischen Themen, feministischer Theologie, der Lesbenszene und Kunst geformt.

MITTE DER 1980ER – Afrodeutsche Frauen gründen ADEFRA

ADEFRA gilt als einer der ersten Zusammenschlüsse von Schwarzen Deutschen in der Nachkriegszeit. ADEFRA steht für afrodeutsche Frauen und wurde gegründet im Zusammenhang mit Debatten um das 1986 von May Ayim, Katharina Oguntoye und Dagmar Schultz herausgegebene Buch «Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte». Gemeinsam mit der karibisch-afrikanisch-amerikanischen Aktivistin Audre Lorde (1934–1992) entwickelten Schwarze deutsche Aktivistinnen 1984 den Begriff «afrodeutsch». ADEFRA setzt auf Empowerment, also Stärkung von Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Selbstorganisation Schwarzer Frauen in Deutschland. Sie trugen ebenso wie die US-Amerikanerin Angela Davis und Bell Hooks zum Problembewusstsein über Rassismus und das deutsche koloniale Erbe auch in der weißen deutschen Frauenbewegung bei.

1990 – Wiedervereinigung

Als es zur deutschen Vereinigung kam, waren die Ausgangsbedingungen der ost- und westdeutschen Frauenbewegungen denkbar unterschiedlich. Anders als im Westen war die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt in der Verfassung der DDR verankert. Berufstätigkeit war weitgehend Normalität, ein flächendeckendes System von Krippen und Kindergärten ermöglichte es Eltern, dieser nachzugehen. Der Paragraph 218 war gestrichen, Schwangerschaftsabbruch legal.

Gesetzliche Regelungen für Familien und Frauen, die seit mehr als 40 Jahren in beiden deutschen Staaten unterschiedlich aus-



Die US-amerikanische Schriftstellerin und Aktivistin Audre Lorde hielt sich zwischen 1984 und 1992 öfter in Berlin auf und hatte zeitweise eine Gastprofessur an der FU-Berlin. In dieser Zeit wirkte sie maßgeblich bei der Entstehung der afrodeutschen Bewegung und der Gründung von ADEFRA mit.

gestaltet waren, werden nun im Einigungsvertrag angeglichen. Artikel 31 Absatz 1 gibt dem gesamtdeutschen Gesetzgeber auf, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.

1990 – Judith Butler veröffentlicht «Das Unbehagen der Geschlechter»

Die Schrift der US-Amerikanerin Judith Butler stieß die Diskussionen um die Queer-Theorie an, die den Zusammenhang von biologischem Geschlecht (englisch: sex), Gender («sozialem Geschlecht») und sexuellem Begehren (englisch: desire) kritisch untersucht. Einer von Butlers wichtigen Beiträgen ist das performative Modell von Geschlecht. Es geht davon aus, dass die geschlechtliche und die sexuelle Identität und damit das, was unter Geschlecht verstanden wird, durch alltägliche Handlungen, durch Zuschreibungen und Erwartungen an und zwischen Menschen erzeugt und dargestellt wird. Was Frausein oder Mannsein oder geschlechtliche Identität bedeuten kann, ist daher nicht statisch und absolut festgelegt, sondern verändert sich im alltäglichen Miteinander.

1995 – UN-Weltfrauenkonferenz in Peking

In der «Pekinger Aktionsplattform», die zum Abschluss der vierten Weltfrauenkonferenz verabschiedet wurde, sind strategische Ziele definiert und Maßnahmen aufgelistet, die zur Realisierung der Rechte von Frauen und zur Gleichstellung der Geschlechter führen sollen. Benannt wurden dafür zwölf Problemfelder, in denen spezifische Maßnahmen erforderlich sind: Frauen und Armut, Frauenbildung und -ausbildung, Frauen und Gesundheit, Gewalt gegen Frauen, Frauen und bewaffnete Konflikte, Frauen in der Wirtschaft sowie in Macht- und Entscheidungspositionen, institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau, Menschenrechte der Frauen, Frauen und Medien, Frauen und Umwelt, Mädchen. Die Bilanz der Umsetzung, die nach 20 Jahren, im März 2015, von der Frauenrechtskommission in New York gezogen wurde, ist äußerst dürftig: Weltweit sind Menschenrechtsverletzungen an Frauen noch immer an der Tagesordnung.

1997 – Vergewaltigung in der Ehe wird strafbar

Eine Mehrheit der Abgeordneten des Bundestags – vom Fraktionszwang befreit – stimmte 1997 für einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag der weiblichen Abgeordneten und damit für die rechtliche

Gleichstellung ehelicher und außerehelicher Vergewaltigung. Seither ist auch die Vergewaltigung in der Ehe strafbar.

1999 – Gender-Mainstreaming

Seit den Amsterdamer Verträgen ist Gender-Mainstreaming – Postulat der Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 – auch erklärtes Ziel der Europäischen Union. Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen. Gender-Mainstreaming ist ein Top-down-Instrument und bezieht alle Geschlechter gleichermaßen ein.

DRITTE WELLE DER FRAUENBEWEGUNGEN

Seit den 1980er-Jahren wurde die Frauenbewegung vielfältiger. Um ihre jeweiligen Interessen und Anliegen besser vertreten zu können, organisierten sich die verschiedenen Gruppen, wie zum Beispiel Mütter, Migrantinnen, Lesben und Wissenschaftlerinnen in jeweils eigenen Vereinen, politischen Verbänden und Institutionen, zum Beispiel in Form von Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten. Die Anliegen der (autonomen) Frauenbewegungen gerieten aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit und sie wurden zunehmend als überholt angesehen. Ein postmodernes Gesellschaftsbild – jeder darf nach seiner Fassung glücklich werden – nahm vielen Frauen den Druck, eine bestimmte Frauenrolle einnehmen zu müssen. In den 1990er-Jahren kamen jedoch erneut Antifeminismen und Biologismen auf, auch entwickelte sich wieder eine Gleichgültigkeit und Ignoranz gegenüber «Frauenthemen» – dies und die Ausläufer der zweiten Frauenbewegung führten zu verschiedenen neuen «Strömungen» des Feminismus. Manche sprechen von der dritte Welle des Feminismus.

Vor allem jüngere Frauen der feministischen Bewegungen um die Jahrtausendwende riefen Frauen dazu auf, nicht über Ungleichheit zu klagen, sondern selbstbewusst ihre Rechte in Besitz zu nehmen. Das Selbstbewusstsein der jungen Frauen kann sich jetzt auch auf die weite Verbreitung von geschlechterdemokratischen Konzepten wie das des europaweiten Gender-Mainstreaming stützen. Feminismus scheint sich immer weiter auszudifferenzieren und zu

einem lebhaften Diskurs zwischen vielen verschiedenen Positionen zu werden. So beziehen neuere theoretische und praktische Konzepte von Feminismus die postkoloniale Kritik an der unhinterfragten westlich-weißen Denk- und Lebensweise ebenso ein wie die Kritik an festgelegten Geschlechtsidentitäten mit Heterosexualität als allgemein verbindlicher Orientierung.

2001 – Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes

Rot-grüne Gesetzesreformen führen zum Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft, kurz Lebenspartnerschaftsgesetz, für zwei Menschen gleichen Geschlechts. Die Rechtsfolgen dieses Rechtsinstituts der Lebenspartnerschaft sind zum großen Teil den Rechtsfolgen der Ehe in bürgerlich-rechtlichen Angelegenheiten nachgebildet. 2015 gab es in Deutschland knapp 43.000 Eingetragene Lebenspartnerschaften, davon waren rund 48 Prozent Lebenspartnerschaften von Frauen.

2002 – Prostitutionsgesetz

Das Prostitutionsgesetz ist eine Folge der Prostituiertenbewegung der 1980er- und 1990er-Jahre und ein Erfolg grüner Regierungspolitik. Es wollte die Diskriminierung von Prostituierten abbauen und ihre rechtliche und soziale Situation verbessern. Vereinbarungen über sexuelle Handlungen machen es seitdem möglich, Entgeltforderungen einzuklagen. Außerdem können Sexarbeiter*innen nun regulär in die gesetzliche Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung einzahlen. Die Große Koalition novellierte das Gesetz im September 2016 und verabschiedete das Prostituiertenschutzgesetz. Prostituierte sind nun verpflichtet, ihr Gewerbe anzumelden, Prostitutionsbetriebe müssen bewilligt werden. Weitere Regelungen verpflichteten zu einer regelmäßigen Gesundheitsberatung und schreiben Kondome vor.

2005 – Angela Merkel wird erste Bundeskanzlerin

Nach über 50-jährigem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bekleidet mit Angela Merkel erstmals eine Frau das Amt der Bundeskanzlerin. Sie wird in dieser einflussreichen Rolle auch als «mächtigste Frau der Welt» angesehen.

2008 – Gründung des MISSY MAGAZINE

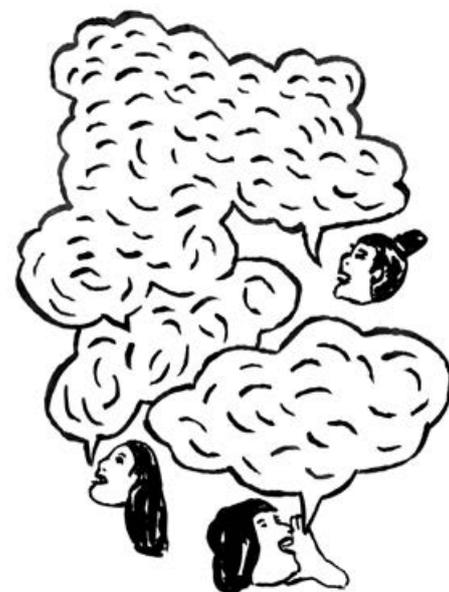
Das MISSY MAGAZINE ist eine popfeministische Zeitschrift, die Berichterstattung über Popkultur, Politik und Style mit einer feministischen Haltung verbindet.

2013 – #aufschrei-Debatte über Alltagssexismus

Nachdem eine Frau über Twitter sexistische Erfahrungen postete, etablierte die Netzfeministin Anne Wizorek mit anderen jungen Frauen bei Twitter das Hashtag #aufschrei, das eine Lawine von Tweets auslöste. Frauen berichteten über Bemerkungen und Übergriffe, denen sie sich in ihrem alltäglichen Leben ausgesetzt sehen und die sie als sexistisch empfinden. Der Hashtag #aufschrei wurde innerhalb weniger Tage über 50.000 Mal genutzt. Die Sexismus-Debatte war danach auch Thema in Printmedien und Talkshows sowie in der internationalen Presse.

2017 – #MeToo

Im Oktober 2017 wurde der Weinstein-Skandal publik. Zahlreiche Frauen beschuldigten den Filmproduzenten Harvey Weinstein der sexuellen Belästigung, Nötigung oder der Vergewaltigung. In Reaktion darauf rief die Schauspielerinnen Alyssa Milano zur Nutzung des Hashtags #MeToo auf. Sie wollte betroffene Frauen ermutigen, auf das Ausmaß sexueller Belästigung und sexueller Übergriffe aufmerksam zu machen. Seitdem wurde dieses Hashtag millionenfach verwendet und brachte das Thema sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen (und Männern) wieder auf die Tagesordnung.



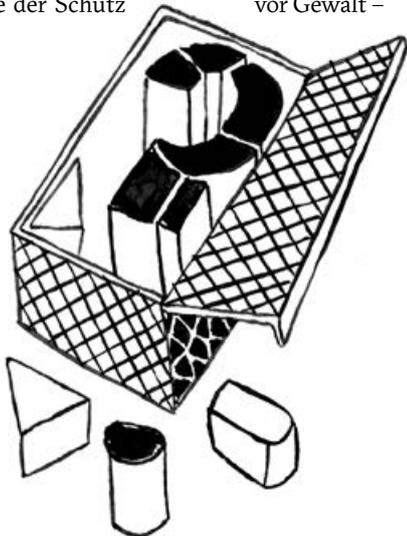
Feminismus – that's it

Aktuelle Themen, Fragestellungen und Debatten

Feministische Themen und Fragestellungen sind so vielfältig wie gesellschaftliche Problemlagen, Kontexte und Debatten. Im Kern geht es immer darum, Dominanz- und Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern (in ihrer Vielfalt) in den Blick zu nehmen, zu analysieren und Lösungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft für alle zu entwickeln. Einige Themen sind in der jüngeren Geschichte zu Dauerbrennern geworden, da sie hart umkämpft sind und Veränderungen nur langsam vorankommen: Sexismus und Rassismus, sexualisierte Gewalt, sexuelle Selbstbestimmung, der Kampf um reproduktive Rechte, Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, politische und gesellschaftliche Partizipation sowie wirtschaftliche Teilhabe und eigenständige Existenzsicherung.

So hat EU-weit eine von drei Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erfahren, und jede zweite Frau war mit einer oder mehreren Formen der sexuellen Belästigung konfrontiert. Sexualisierte Gewalt ist zwar verboten, auch die bis 1997 straffreie Vergewaltigung in der Ehe. Aber tiefsitzende Geschlechterstereotype und nicht hinterfragte männliche Privilegien führen immer wieder zu – meist männlichen – Grenzüberschreitungen. Feministische Debatten und Forderungen drehen sich daher beispielsweise darum, wie der Schutz

vor Gewalt –



auch strukturell – verbessert werden kann. Wie Frauenhäuser und Beratungseinrichtungen nachhaltig finanziert werden können oder «Nein heißt Nein» angemessen in nationales Recht überführt werden kann; der Grundsatz also, der in der Istanbuler Konvention des Europarates verabschiedet wurde.

Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen im Bundestag (31 Prozent) und den Landesparlamenten (24,5 – 40 Prozent) deutlich unterrepräsentiert, ebenso in den meisten Parteien. Feminist*innen fragen, welche Strukturen verhindern, dass Frauen*, Schwarze Frauen* und Menschen mit Migrationsgeschichte politische Ämter übernehmen? Wie müssen rechtliche Regelungen zur Aufstellung von Kandidat*innenlisten gestaltet werden? Helfen uns Quoten etwa für Führungspositionen in Politik und Wirtschaft weiter und, wenn ja, wie müssen sie ausgestaltet sein? Welche gesellschaftspolitischen Fragen sind mit der Einwanderungsgesellschaft verbunden und brauchen feministische Perspektiven?

In den 1970er-Jahren mischten sich zahlreiche Frauen* mit dem Slogan «Wir haben abgetrieben» in die Debatte um die Legitimität von Schwangerschaftsabbruch ein. Schon damals wurde Frauen* das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper und ihre reproduktiven Rechte streitig gemacht. Bis heute ist Schwangerschaftsabbruch verboten, strafbewehrt, aber unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Sogenannte Lebensschützer versuchen, diesen hart erkämpften Kompromiss rückgängig zu machen. Sie verklagen zum Beispiel Ärzt*innen, die Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen. Feminist*innen kämpfen für ein Recht auf Information und fordern weiterhin die Abschaffung des Paragraphen 218 (siehe auch Seite 33).

Frauen* verdienen in Deutschland im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Der Unterschied bei Alterseinkommen oder bei Frauen* mit Migrationsgeschichte liegt noch wesentlich höher. Diese ungleiche Einkommensverteilung ist ebenso eine zentrale Machtfrage wie die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Feminist*innen fordern hier deutlich Änderungen, zum Beispiel der sozialen Sicherungssysteme. Und es geht um ein Wirtschaftssystem, dass die

starre Zuschreibung von Pflege- und Betreuungsarbeit (Care) an Frauen* auflöst. Denn nur wenn Männer* wie Frauen* ihre Existenz eigenständig und unabhängig sichern können, kann das auf Augenhöhe verhandelt werden.

Bin ich zu dick, zu alt, nicht schön genug? Bilder idealisierter Weiblichkeit und Männlichkeit prasseln tagtäglich auf uns ein, verunsichern und vermitteln traditionelle Rollenbilder. Der menschliche Körper ist – nicht zuletzt durch Ökonomisierungszwänge in allen gesellschaftlichen Bereichen – zum «Schlachtfeld» geworden – mit fatalen gesundheitlichen und psychosozialen Folgen, nicht nur für junge Frauen* und Männer*. Feminist*innen setzen diesen Bildern Strategien der Selbstbehauptung entgegen. Sie wollen stereotype Geschlechter- und Körperbilder wie in der Werbung oder in den Medien überwinden.

Nicht zuletzt die Digitalisierung wirft aus feministischer Perspektive neue Fragen auf. Wer gestaltet diesen Veränderungsprozess, und sind alle Geschlechter gleichberechtigt beteiligt? Welche (rechtlichen) Regelungen braucht es, um Hassreden und Diskriminierung im Netz zu unterbinden, ohne Freiheitsrechte einzuschränken? Wie können wir verhindern, dass Algorithmen beispielsweise in der Unterhaltungselektronik sexistische oder rassistische Muster reproduzieren? Welche Chancen bietet die Digitalisierung für eine lernende, geschlechtergerechte und solidarische Gesellschaft?

Dies ist nur ein Ausschnitt von Themen, mit denen sich feministische Debatten und Aktivitäten befassen. Fast jede gesellschaftspolitische Frage aber braucht auch feministische Perspektiven und Lösungen. Denn die jeweils wirksamen Macht- und Dominanzverhältnisse, die Gleichberechtigung verhindern, müssen in den Blick genommen und Wege gefunden werden, sie zu überwinden. ■■■

Henning von Barga ist Soziologe und Pädagoge und seit vielen Jahren in der geschlechterpolitischen Bildungsarbeit tätig, unter anderem als Gender-Berater und -Trainer. Er leitet seit 2007 das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Weitere Informationen unter:

<https://www.gwi-boell.de>

Aktuelle Debatten und Entwicklungen

Der Aufstieg von rechts liegt auch an der allzu großen Kompromissbereitschaft der gesellschaftlichen Mitte. Radikalität ist ein wichtiger gesellschaftlicher Motor, sagt Migrationsforscherin Naika Foroutan.

«
**Wir
haben
uns
zu
sicher
gewöhnt**
»

Ines Kappert im Gespräch mit **Naika Foroutan**



Aktuelle Debatten und Entwicklungen

Böll.Thema: Haben Sie eine feministische Lieblingsgeschichte?

Naika Foroutan: Im Moment ist es das Foto von Horst Seehofer mit seinem Heimatministerium und den acht Staatssekretären, alles Männer. Die erste Twitter-Nachricht, die ich dazu las, war: «Gehören die Frauen jetzt auch nicht mehr zu Deutschland?» – Die feministische Frage zu koppeln mit der Frage von Zugehörigkeit und Vielfalt, das fand ich raffiniert. Es liegt eine große Stärke darin, Kämpfe um Repräsentation miteinander zu verbinden und sie nicht alleine als Minderheit oder im Falle der Frauen als marginalisierte Gruppe zu führen.

Damit sind wir schon mitten im Thema «Demokratie braucht Feminismus». Beim Women's March in den USA oder den riesigen Demonstrationen in der Türkei, Polen und Spanien – überall gehen derzeit insbesondere Frauen für den Erhalt der Demokratie auf die Straße. Ist Feminismus die Bewegung, die die Demokratie gegen rechts verteidigen kann – oder ist das Kitsch?

Ich glaube auch, dass wir derzeit sehr viel Kraft aus der feministischen Bewegung schöpfen können. Immerhin gibt es schon eine jahrhundertealte Tradition, sich zu organisieren, zu kämpfen und zu mobilisieren. Im Moment ist die Frage der Repräsentation sehr stark umkämpft. Umso wichtiger ist, dass es in den letzten Jahrzehnten beim Kampf der Frauen um ihre Rechte gelungen ist, weitere Solidarpartner zu gewinnen. Es ist nicht mehr allein ein Kampf der Frauen für Frauen, sondern der Menschen für Frauen. Deshalb konnte der feministische Kampf zum Vorbild werden für viele andere soziale Bewegungen um Repräsentanz und Anerkennung.

«Es liegt eine große Stärke darin, Kämpfe um Repräsentation miteinander zu verbinden und sie nicht alleine als Minderheit oder im Falle der Frauen als marginalisierte Gruppe zu führen.»

In Deutschland haben wir bislang keine feministische Massenmobilisierung. Jedoch funktioniert die Demokratie auch (noch) vergleichsweise gut. Brauchen wir «die Straße» vielleicht gar nicht?

Doch, wir brauchen sie. Wir haben uns alle zu sicher gewöhnt. Über Jahrzehnte wurden Frauenrechte teilweise auch mit radikalen Positionen erkämpft, dann nahm die Kompromissbereitschaft zu. Das ist ein üblicher Verlauf, wenn man sich sicher wähnt, etwas auf die Schiene gesetzt zu haben. Doch Radikalität ist ein wichtiger Treiber. Zum Beispiel: Es gibt mehr als 50 Prozent Frauen in diesem Land. Also fordere ich,

dass an allen Positionen 50 Prozent Frauen vertreten sein müssen. Das ist keine Unverschämtheit, sondern letztlich radikal gerecht. Wenn wir uns nachher bei 30 Prozent einigen, haben wir schon einen Punkt gemacht. Trotzdem dürfen wir uns mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben.

Gerade bei der Quoten-Frage steigen viele aus.

Ich habe den Eindruck, die letzten zwanzig Jahre waren so stark geprägt von Migrations- und Religionsfragen, dass wir gedacht haben: Die Frage der Platzierung und Positionierung von Frauen sei eine, die auf diesem Marsch der Gerechtigkeit schon gelöst werde. Jetzt erkennen wir, dass wir in Deutschland nicht konsequent genug waren.

Auch die jetzige Bundesregierung zeigt, dass Frauen systematisch aus der parlamentarischen Demokratie ausgeschlossen werden.

Ja, nicht allein, dass nur noch 31 Prozent Politikerinnen im Bundestag sitzen, sondern der Ausschluss verteilt sich auf alle Stufen der Macht. Bei den Staatssekretär*innen haben wir ein Verhältnis von 172 Männern zu 57 Frauen. Und das CSU-geführte Verkehrsministerium hat noch keine Zahlen vorgelegt.

Der Gesundheitsminister und rechte Einpeitscher Jens Spahn findet, dass Frauen die «Pille danach» nicht wie Smarties essen sollten. Das grundsätzliche Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen, siehe Paragraf 218, sowie das Informationsverbot für Ärzt*innen (geregelt in Paragraf 219a) sind für ihn sakrosankt. Er geht damit davon aus, dass die Hälfte der Bevölkerung grundsätzlich verantwortungslos ist. Wie repräsentativ ist seine Position?

Seitdem es in Deutschland mit der AfD eine sehr stark rechtsnationale und völkische Stimme im politischen Raum gibt, wächst der Druck auf Gender- und Gleichstellungsfragen. Eine der ersten öffentlichen Positionierungen programmatischer Art von Frauke Petry war die für die Drei-Kinder-Familie – ohne Migrationshintergrund und ohne Formen sexueller Orientierung jenseits der Heteronormativität. Diese Idee kommt nicht einfach aus dem luftleeren Raum. Sie wurzelt in konservativen Einstellungen zur Familie aus den letzten zwei Jahrhunderten. Gleichzeitig gehört es inzwischen zum guten Ton, Feministin zu sein. Das Spannende an unserer Zeit ist, dass alles zugleich stattfindet: die Anti-Genderismus-Debatte, der neue Maskulinität, die harte Positionierung gegen Änderungen von Bildungsplänen, um Gleichheitspositionen zu vertreten, und das zunehmende Prestige von Feminist*innen.

#MeToo ist weltweit die größte Dokumentation von sexualisierter Gewalt vor allem gegen Frauen. Was halten Sie von der Kritik, dass dieser erneute Aufschrei Frauen* vor allem als Opfer kennzeichne, also Emanzipation nicht fördere, sondern ausbremse?

Empirisch stimmt das einfach nicht. «Time's up!» meint: Die Zeiten sind vorbei, in denen sexualisierte Übergriffe irgendwie hingenommen werden. Das ist ein revolutionärer Aufbruch! Erst jetzt wird anerkannt: Diese Gewalt ist ein Massenphänomen, und sie betrifft nicht nur Frauen in unsichtbaren Positionen. Man kann Cat-Calling auch nicht mehr irgendwelchen Bauarbeitern in die Schuhe schieben. Es ist nicht einfach ein Unterschichtenphänomen oder eines muslimischer Macho-Männer. Es ist kein Import, sondern es ist in der deutschen Gesellschaft und weltweit in allen Positionen verbreitet – bis hin zur Nobelpreis-Akademie. Nur dieses Hashtag hat das so sichtbar machen können.

Dinge sichtbar zu machen, kann aber nur der Anfang sein.

Es ist einer der großen Kämpfe der Emanzipation, Sichtbarkeit zu erzeugen: Sieh' mich! Erst wenn du mich siehst, kann ich dir sagen, welches Leid du mir angetan hast – oder: welche Forderungen ich habe. Viele von uns haben die Vorstellung, dass Kategorien erst Identitäten schaffen. Das heißt, erst wenn ich sage, Frauen erleben sexualisierte Gewalt, werden Frauen systematisch zu Opfern bzw. machen sich selbst zu solchen. Die anderen, aus der Identitätspolitik kommend, sagen: Wir müssen mit diesen Kategorien arbeiten und sie umdeuten. Und wir müssen sichtbar machen, dass wir in dieser Kategorie kämpfen. Das führt dazu, dass zum Beispiel die Kategorie Opfer von #MeToo eine wirkmächtige sein kann, aus der dann wird: Opfer – nie wieder!

Derzeit läuft auch in feministischen Kreisen die Debatte, ob das Kopftuch für Mädchen unter vierzehn Jahren verboten werden soll – Stichwort: «Frühsexualisierung». Was sagen Sie dazu?

In Deutschland ist es laut Artikel 4 ein Grundrecht, dass man seine Religion nicht nur passiv, sondern auch aktiv und sichtbar ausleben darf. Und in Artikel 3 des Grundgesetzes steht, dass niemand aufgrund seiner Herkunft, Religiosität, sexueller Orientierung, Geschlecht usw. benachteiligt werden darf. Religionsfreiheit ist fest in unserer Demokratie verankert. Gleichzeitig ist das Argument nachvollziehbar, dass man ein Schutzrecht gegenüber Minderjährigen hat.

Lassen sich Mädchen per Kopftuchverbot vor Sexismus schützen?

Das ist natürlich eine Farce. In einem Land, in dem wir Freiheitsrechte erkämpft haben, dass jeder sich anziehen darf, wie er und sie will, und wir nicht mehr auf den Gedanken kämen zu verbieten, dass 14-Jährige mit Hotpants in die Schule gehen oder mit 13 untereinander Geschlechtsverkehr haben, sagt man 14-jährigen muslimischen Mädchen mit Kopftuch: Ihr wisst nicht, was ihr tut.

Wie lassen sich minderjährige Mädchen schützen, ohne bevormundet oder gar diskriminiert zu werden?

Das ist nur mit Einzelfallregelungen zu machen. Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, auch Schüler*innen müssen empowert werden, damit sie erkennen können, ob ein Mädchen gezwungen wird, das Kopftuch zu tragen, oder nicht. Wir gehen auch davon aus, dass Lehrer*innen eine Sensibilität entwickeln können dafür, ob Kinder in Familienstrukturen vernachlässigt oder geschlagen werden. Doch bislang haben wir noch kein funktionierendes System für die Kopftuchfrage, um zu erkennen: Trägt sie es aufgrund von sozialem Druck, persönlicher Selbstartikulation – was übrigens ein emanzipatives Ziel ist – oder tiefer religiöser Hinwendung?

Um letztere geht es in den Debatten fast nie.

Dabei gibt es sie oft in diesem Alter von zehn bis 14 Jahren. Nicht umsonst finden die Kommunion im Alter von neun und zehn und die Konfirmation mit 14 Jahren statt. Man geht davon aus, dass die Kinder oder Jugendlichen in diesem Alter befähigt sind, einen Bund mit Gott einzugehen. Warum traut man das muslimischen Mädchen nicht zu? Vielleicht möchten sie eine Phase der Religiosität haben? Das hört bei vielen auch nach der Pubertät wieder auf. Andere leben die Religiosität weiter. Kinder fallen in dieser Lebensphase ganz viele Ich-Entscheidungen und brauchen trotzdem ganz starke Gruppenbezüge – die auch über Religion entstehen können. Ich halte es für falsch, in dieser Phase so degradierend einzugreifen. Außerdem gilt es zu erkennen, dass die Debatte in einer stark antimuslimischen Stimmung an Raum gewinnt.

Ein großer Streit im feministischen Feld dreht sich um die Frage: Gehört der Islam zum Feminismus? Die «Alice-Schwarzer-Schule» sagt: Nein, Feminismus braucht Säkularität. Der inklusive, intersektionale Feminismus sagt: Ja, Feminismus braucht Vielfalt und diverse kulturelle Traditionen. Wer hat Recht?

Ich bin Iranerin, und im Iran herrscht Kopftuchzwang. Es gibt dort ganz viele subversive Strategien bis zum derzeit offenen Kampf, das Kopftuchgebot abzuschaffen. Sehr viele Männer unterstützen das. Diese Bewegung geht aber nicht gegen das Kopftuch. Sie geht gegen den Kopftuchzwang. Das ist der Unterschied. Sie möchte sagen: Ich habe ein Recht auf meinen Körper und auf meine Position oder Nicht-Position zu Gott, zu meinem Ehemann oder zu meiner Freundin, und wie ich mich nach außen darstellen möchte.

«In einem Land, in dem wir Freiheitsrechte erkämpft haben und jeder sich anziehen darf, wie er und sie will, sagt man 14-jährigen muslimischen Mädchen mit Kopftuch: Ihr wisst nicht, was ihr tut.»

Historisch hat es viele Fälle von Zwangsentschleierungen gegeben, gerade in der Türkei und im Iran. Damit wurde eine große Modernisierungsbewegung eingeleitet, die aber von vielen Frauen als extreme Demütigung und Beschämung wahrgenommen wurde.

Wir können nicht so in Schamgrenzen von Frauen eingreifen. Jeder Mensch hat seine Schamgrenzen woanders. Für manche ist das Kopftuch ein Glaubensbekenntnis, für andere ist das ein Gewohnheitsverhältnis geworden, und für wieder andere ist das einfach ein Teil ihrer Persönlichkeit. Damit muss man klarkommen. Und wenn eine Alice-Schwarzer-Position nicht reflektiert, dass für sehr viele Frauen religiöse Bezugspunkte eine Rolle spielen, dann halte ich das für respektlos. Ich verstehe trotzdem den dogmatischen Kampf dahinter als einen gut gemeinten und nicht als einen böartigen. Er basiert sicher vielfach auf Erfahrungen mit Frauen, die zum Kopftuch gezwungen wurden und mit religiösen Begründungen misshandelt wurden. Ich vermute, dass diese Gruppe denkt: Diese Religiösen, die sind halt noch nicht so weit. Das ist aber leider ein paternalistischer Habitus, der der komplexen Situation von Freiheit und Befreiung nicht gerecht wird. Nehmen wir ein anderes Beispiel, die Liebe. 

Aktuelle Debatten und Entwicklungen

Liebe und Emanzipation bilden auch häufiger mal Gegensätze.

Eben. Religion kann genauso wie Liebe ein so wichtiger Kern von einem selbst sein, dass man sie nicht verabschieden möchte. Man könnte ja auch sagen: Liebe wird überschätzt, denn sie ist ein vollkommen irrationales Gefühl, das dazu verleitet, dumme Entscheidungen zu treffen. Aber man muss eben akzeptieren, dass es ein Kernbestandteil des Menschlichen ist. Ich glaube, daran scheitert die Schule um Alice Schwarzer, wenn sie so dogmatisch das Kopftuch abwehrt.

Migrationspolitik und Feminismus werden bislang selten zusammen gedacht. Wäre eine stärkere Zusammenführung nicht angebracht?

An der Humboldt-Uni haben wir ja eine starke Genderforschung, die deutlich intersektional ausgerichtet ist. Das heißt, wenn Studierende in meine Seminare kommen, wissen sie bereits, dass Gender nicht ohne Race gelesen werden kann und nicht ohne Class. Diese Verschränkung der drei Konfliktstrukturen der Gesellschaft über Geschlecht, Herkunft und Klasse ist bei uns Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit. Ich glaube, dass es sich lohnt, das auch als politisches Projekt noch stärker nach vorne zu schieben.

Was würde das bedeuten?

Die Sozialdemokratie arbeitet stark daran, sich wieder mit der Arbeiterklasse identifizieren zu lassen und stilisiert gleichzeitig Fragen von Feminismus, Rassismus und Migration als «Gedöns». Sinnbildlich für diese Haltung steht das Interview von Sigmar Gabriel vom 16. Dezember 2017 im *Spiegel*. Hier sagt er sinngemäß: Wir haben uns zu sehr auf postmoderne Fragen eingelassen. Für uns waren plötzlich Fragen der Homo-Ehe und Umwelt – er hätte genauso Migration nehmen können – zu weit im Vordergrund. Wir haben den klassischen Arbeiter vergessen. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-sigmar-gabriel-regt-debatte-ueber-heimat-und-leitkultur-an-a-1183536.html>)

«Die Frage von Geschlechtergerechtigkeit, also Feminismus, ist direkt mit der Klassenfrage verbunden. Und die Frage von Gleichheit in Arbeit ist direkt mit der Frage von Migration verbunden.»

Solche Ansichten finden sich auch im grünen Umfeld.

Aber wen betrifft denn die Frage von Klasse und Arbeit? Frauen und Migrant*innen doch genauso! Die meisten Migrant*innen in diesem Land sind immer noch Arbeiter*innen. Und die Gruppen, die am stärksten von Armut betroffen sind, sind alleinerziehende

Frauen und Rentnerinnen. Das heißt, die Frage von Geschlechtergerechtigkeit, also Feminismus, ist direkt mit der Klassenfrage verbunden. Und die Frage von Gleichheit in Arbeit ist direkt mit der Frage von Migration verbunden.

Sie haben auch bei dem Grünen-Parteikonvent sehr scharf kritisiert, dass die Grünen nicht ausreichend Angebote für Muslime und Muslima machen und darüber den gesellschaftlichen Zusammenhalt vernachlässigen.

Ja, das stimmt. Die Zeiten, in denen wir dafür gekämpft haben, Deutschsein anders, nämlich inklusiv zu denken, haben mit der letzten Bundestagswahl eine klare Absage erteilt bekommen. Jetzt brauchen wir neue Strategien. Wir dürfen nicht unterschätzen: Wir sind eine repräsentative Demokratie. Das heißt, wir wählen Vertreter*innen aus Nordrhein-Westfalen ins Parlament, weil wir der Überzeugung sind: Die werden im Sinne Nordrhein-Westfalens handeln oder des Saarlands oder Bayerns. Sie sind als Repräsentanten dieses Wahlkreises, überhaupt dieser Region dort. Genauso funktioniert auch die Repräsentation von Frauen und auch von Migrant*innen. Das war die Botschaft, die mit Cem Özdemir und Aydan Özoğuz gesendet wurde. Diese Botschaften sind einfach zurückgezogen worden.

Warum?

Es gibt im Moment an keiner Spitze einer deutschen Partei und auch nicht an der Spitze der deutschen Politik eine Person mit sichtbarem Migrationshintergrund. Dabei drehen die Debatten in diesem Land sich in fast allen Parteien sehr stark um diese Frage.

Sollten wir also ehrlicherweise von einer «weißen, männlichen» Demokratie sprechen?

Im Moment ist die Repräsentation eines großen Teils der Bevölkerung in dieser Demokratie nicht gewährleistet. Das sage ich nicht etwa, weil ich denken würde: Weiße Männer können mich nicht repräsentieren. Können sie sehr wohl! Die Frage ist nur: In einem diskursiven Raum, in dem es ganz offen Angriffe auf Migrant*innen als «die Anderen» gibt, müsste man da nicht politisch etwas konsequent dagegensetzen? Es ist wichtig, dass Schwarze oder muslimische Personen, zumal Frauen* in unseren Sichtbarkeitsstrukturen präsent sind. Später brauchen wir das vielleicht gar nicht mehr, weil es total egal ist, wer einen repräsentiert, solange die politische Position stimmt. Aber so weit sind wir noch nicht. ■■■

Naika Foroutan ist Professorin für «Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik» und Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).

Ihre Schwerpunkte sind Empirische Migrations- und Integrationsforschung, Hybriditäts- und Identitätstheorien sowie Konflikttheorien. 2011 erhielt sie den Berliner Integrationspreis für ihr Eingreifen in die bundesweit kontrovers geführte «Sarrazin-Debatte». 2012 wurde sie mit dem Wissenschaftspreis der Fritz-Behrens-Stiftung für exzellente Forschung ausgezeichnet, und 2016 erhielt sie den Höffmann-Wissenschaftspreis der Universität Vechta.

Ines Kappert ist promovierte Literaturwissenschaftlerin. Seit 2015 leitet sie das Gunda-Werner-Institut. Zuvor war sie acht Jahre lang für die politische Kommentierung des Tagesgeschehens in der *taz* verantwortlich.

Im Jahr 2017 brachten die Women's Marches und eine anhaltende Debatte um alltägliche, sexualisierte Gewalt: #MeToo. Wir erleben seither eine widersprüchliche Gegenwart: Angesichts der demokratiepolitischen Katastrophen herrscht politische Weltuntergangsstimmung, indessen insbesondere der feministische Widerstand ermutigend ist.

Gleichzeitig werden Feminist*innen auch von allen Seiten kritisiert – und auch die #MeToo-Bewegung massiv angegriffen. Da gibt es auf der einen Seite eine linksliberale US-Debatte, die auch in die deutschsprachige Diskussion geschwappt ist. Energisch wird hier gefordert, Identitätspolitik mit ihren vermeintlichen «Partikularinteressen» hinten anzustellen. Lieber solle man die eigene Basis verbreitern und Kernprobleme

Angriffe auf feministische Proteste verkennen, dass es nicht um die Interessen Einzelner geht, sondern um Gerechtigkeit für alle.

#MeToo und das Unbehagen der Linken

Von **Lea Susemichel**

wie soziale Gleichheit ansprechen, statt sich mit Firlefanz wie Homosexuellenrechten, Rassismus oder Alltagssexismus zu beschäftigen. Sie missverstehen dabei freilich, dass es bei diesen Kämpfen keineswegs um die Verteidigung von Einzelinteressen, sondern um Gerechtigkeit für alle geht.

Nancy Fraser stimmt ein

Seit Jahrzehnten wird behauptet, Strömungen der Identitätspolitik wie etwa der Feminismus würden von sozialer Ungleichheit ablenken – anstatt sie als Teil des Kampfes gegen sie zu begreifen. Und so argumentieren heute auch Linke aller Sparten: Showmaster wie Bill Maher, Politiker wie Bernie Sanders, Intellektuelle wie Slavoj Žižek. Dass es sich dabei in großer Mehrheit um *weiße* Männer handelt, dürfte kein Zufall sein.

Aber es gibt selbstverständlich auch Frauen wie die Philosophin Nancy Fraser, die in ein ähnliches Horn blasen. An der Wahl Trumps sei die Linke mitschuldig, «weil sie die Sache der sozialen Sicherheit, des Wohlstands und der Würde der Arbeiterklasse zugunsten falsch verstandener Emanzipationsvorstellungen» geopfert habe. In den Augen der (*weißen*) Arbeiter*innen seien «Feminismus und Wall Street zwei Seiten derselben Sache, geradezu vollkommen verkörpert in Hillary Clinton». Nancy Fraser nennt das einen «progressiven Neoliberalismus», den sie definiert als «eine Allianz zwischen einerseits tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und die Verfechter von LGBTQ-Rechten) und andererseits kommerziellen, oft dienstleistungsbasierten Sektoren von hohem Symbolgehalt (Wall Street, Silicon Valley und Hollywood)». Ihre, von #MeToo-Kritiker*innen oft aufgegriffene These lautet in etwa: Die linken akademischen Eliten fänden sich hier wie dort und würden sich gegenseitig in ihren abgehobenen politischen Vorstellungen und Luxusproblemen bestätigen, die mit der Realität im amerikanischen «Rust Belt» nicht das Geringste zu tun hätten.

Frasers Vorwurf an den Feminismus ist falsch. Sicherlich gibt es frauenpolitische und multikulturelle Agenden, die sich mit ihren Diversitätsprogrammen in neoliberale Logiken einpassen. Doch von der überwiegenden Mehrheit und den «tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen» kann das nicht pauschal behauptet werden. Sieht man sich diese genauer an, fällt vielmehr gerade der gleichzeitige Kampf gegen Diskriminierung und soziale Ungleichheit ins Auge.

Es geht um strukturelle Gewalt

Auch in Deutschland wird Kritik an #MeToo laut. Die dort zugrunde liegende neoliberale Logik der Eigenverantwortung wird exemplarisch etwa bei der deutschen Philosophin Svenja Flaßpöhler 

«Wir sollten das ungeheure Potenzial, das die Wut der Frauen für Veränderungen hat, nicht ungenutzt verpuffen lassen.»

erkennbar, wenn diese sich gerade am Ruf nach «dem starken Staat» stößt und den Frauen bei sexueller Belästigung deshalb allen Ernstes rät: «Klärt es selbst.»

Statt einer Kollektivierung, bei der die eigenen Diskriminierungserfahrungen der gemeinsamen und vermeintlich größeren Sache wegen heruntergeschluckt werden sollen, wird hier eine Individualisierung des Problems propagiert. Bei Flaßpöhler geht das tatsächlich so weit, dass sie ins rechtsreaktionäre Victim-Blaming einstimmt und Betroffene dazu auffordert, doch ihre Mitschuld zu reflektieren, bevor sie Männer an den Pranger stellen.

Diese Ignoranz gegenüber strukturellen Machtverhältnissen geht Hand in Hand mit der Unterstellung, hinter solchen Anklagen verberge sich letztlich nur Prüderie. Das tradierte Klischee von den lustfeindlichen Emanzen ist freilich so alt wie der Feminismus selbst. Doch angesichts des Medienechos und des Backlashs, den auch die Schauspielerin Catherine Deneuve mit ihrem offenen Brief («Freiheit zu belästigen») auslösen konnte, hat es auch in Zeiten eines dezidiert sexpositiven Feminismus offenbar nichts von seiner Diskursmacht eingebüßt. Dabei wird auch gerne unterstellt, dass Beschuldigungen mitunter aus persönlicher Rachsucht oder gar aus politischem Kalkül eingesetzt würden, um bestimmte Männer zu demontieren. Statt der Unschuldsvermutung gäbe es einen hysterischen Denunziationsrausch, der Einzelne aufgrund der schwierigen Beweisführung bei sexualisierter Gewalt bereits Amt und Ansehen gekostet hätte.

Das Gegenteil ist der Fall: Das Verbrechen der Vergewaltigung wird so selten geahndet wie kaum ein anderes Gewaltdelikt, obwohl es global eine der häufigsten Formen roher Gewalt gegen Frauen

ist. Neben einem «Ende jeder Erotik» wird überdies über die schwierigen Grenzziehungen zwischen Sexualität, sexueller Belästigung und sexueller Gewalt lamentiert. Aufgrund der undifferenzierten #MeToo-Rufe würde nun alles in einen Topf geworfen. Doch die Vermischung von Sexualität und sexueller Gewalt ist mitnichten #MeToo anzulasten. Es sind vielmehr gerade die #MeToo-Gegnerinnen, die diese Vermengung gezielt betreiben, indem sie so tun, als handle es sich bei Sexualdelikten in aller Regel um «Auslegungssache» oder einen missglückten «Verführungsversuch».

Die Wut öffnet Türen

Die MeToo-Kampagne ist getragen vom ehrlichen Bemühen, ein gesellschaftliches Bewusstsein für gewaltsame Grenzüberschreitungen zu schaffen – die in aller Regel klar zu erkennen sind. Dabei wird keineswegs unterstellt, dass Gaffen, ein sexistischer Kommentar oder eine Vergewaltigung ein und dasselbe seien. Aber all diese Spielformen werden von #MeToo zum Thema gemacht, um ein Muster männlicher Dominanz und sexualisierter Degradierung von Frauen offenzulegen. Ein Muster, das allgegenwärtig ist, weil es kulturgeschichtlich tief verankert und in gewaltige Machtgefälle eingebettet ist. Deshalb ist es in den meisten Fällen sehr schwer, wenn nicht unmöglich, ihm individuell zu begegnen. Stattdessen muss das sexistische System dahinter skandalisiert und verändert werden. Dazu wird es eine enorme gemeinsame Anstrengung brauchen – und eine solidarische linke Bewegung. Sonst wird das ungeheure Potenzial, das die gewaltige Wut der Frauen für feministische, aber auch für soziale Veränderungen generell hat, ungenutzt verpuffen. Das sollten wir angesichts der weltpolitischen Lage nicht riskieren. ■■■

Lea Susemichel ist leitende Redakteurin des feministischen Magazins *An.schläge* in Österreich.

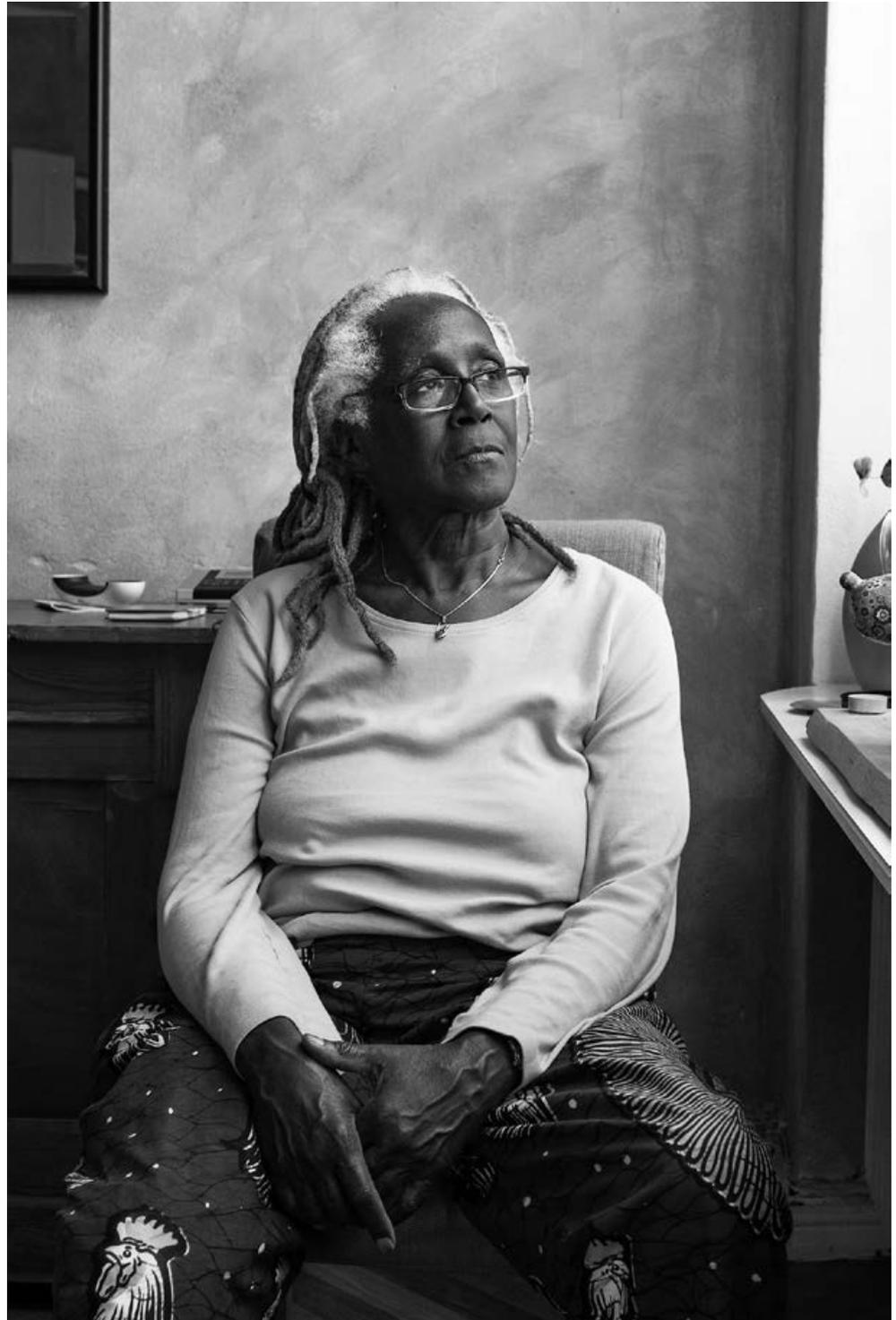
«Wir müssen zeigen, wie stark wir sind»

Woran merken Menschen, dass Demokratie Feminismus braucht? Was wünschen sie sich, um ihren Alltag besser bewältigen zu können? Wir haben sie gefragt.

Interviews Jasmin Kalarickal Fotografien Ina Schoenenburg

Deborah Moses-Sanks Metke, 68, Fotojournalistin

Im Fokus meiner Arbeit stehen Frauen; sie und ihre Kinder, ihr Leben, ihr Überlebenswille. Als ich in den 80er-Jahren als Fotografin in Angola arbeitete, erlebte ich den für meine Arbeit entscheidenden Moment. In einem Dorf sah ich eine Frau auf dem Boden im Schatten sitzen. Sie hatte ihre Beine durch Landminen verloren. Als ich ein Foto von ihr machen wollte, drehte sie sich um, erst dann sah ich, dass sie auf ihrem Rücken ein Kind trug. Von diesem Zeitpunkt an wusste ich, dass Frauen und Kinder immer der Fokus meiner Arbeit sein werden. Die Stärke dieser Frau, die ohne Beine ihr Kind trug, hat mich sehr beeindruckt und berührt. Ich möchte zeigen, dass Frauen kämpfen, lachen, weinen und lieben können. Ich bin in der Südbronx in einer sehr gewalttätigen Zeit aufgewachsen. Ich bin auf die Straße gegangen für das Recht zu wählen, das erst 1965 für Schwarze Menschen endlich errungen wurde. Wenn ich heute sehe, wie Schwarze Menschen und Menschen of Color in «Demokratien» leben und behandelt werden, dann stelle ich dieses Wort infrage. Demokratie steht für mich für männliche, weiße Vorherrschaft. Feminismus kann und muss das ändern! Nicht nur in den USA. Auch hier in Berlin können sich Schwarze Menschen und Menschen of Color nicht in allen Stadtteilen sicher bewegen. Ich kam 1999 nach Deutschland und wurde Teil der Schwarzen queerfeministischen Frauen*organisation ADEFRA. Ich schaue hoffnungsvoll in die Zukunft. Ich habe mich zum Beispiel so bestärkt gefühlt, als Emma Gonzales, diese junge Frau of Color, sich für strengere Waffengesetze in den USA eingesetzt hat. Sie hat vor Tausenden von Menschen ihre Wahrheit gesprochen! Wir brauchen keinen neuen Feminismus, denn es gab schon immer starke Schwarze Frauen und Frauen of Color. Wir müssen sie nur sichtbar machen.





Kristy Schank, 35, ist Frauenvertreterin in den Einrichtungen und Landesdienststellen der Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Bibliothekarin ist ein weiblich konnotierter Beruf, hier arbeiten knapp 72 Prozent Frauen. Doch auf den Führungsebenen sieht das anders aus. Je höher im Organigramm, desto männlicher wird es in vielen Bibliotheken. Als Frauenvertreterin handle ich auf der Basis des Landesgleichstellungsgesetzes Berlins, das dafür sorgen soll, dass Frauen in allen Bereichen ausreichend vertreten sind. Ich achte auf faire Ausschreibungen, begleite Bewerbungsverfahren, aber bin auch Ansprechpartnerin für Anliegen wie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Fragen zu Mutterschutz und Elternzeit.

Nach meiner Erfahrung werden Frauen nach der Elternzeit häufiger Stellen mit einem geringeren Status angeboten. Von einer Referatsleitung, einer Führungsposition im mittleren Bereich, geht es in einen Projektbereich oder in Arbeitsgruppen, das ist das Muster. Führungspositionen werden ungern in Teilzeit vergeben. Frauen arbeiten öfter in Teilzeit, vor allem wenn sie Kinder haben.

Für gut ausgebildete Frauen, die in einem bestimmten Bereich Kompetenzen erworben haben, sind solche Erfahrungen frustrierend. Viele wechseln dann die Stelle, obwohl sie eigentlich bleiben möchten, wenn die Bedingungen stimmen würden. Das finde ich ein Unding! Auch vom Wissenstransfer her gesehen ist das nicht sinnvoll. Arbeitgeber können das anders gestalten. Man kann kommissarische Übernahmen organisieren, Stellen als Elternzeitvertretung ausschreiben, man kann Führungspositionen in Teilzeit anbieten.

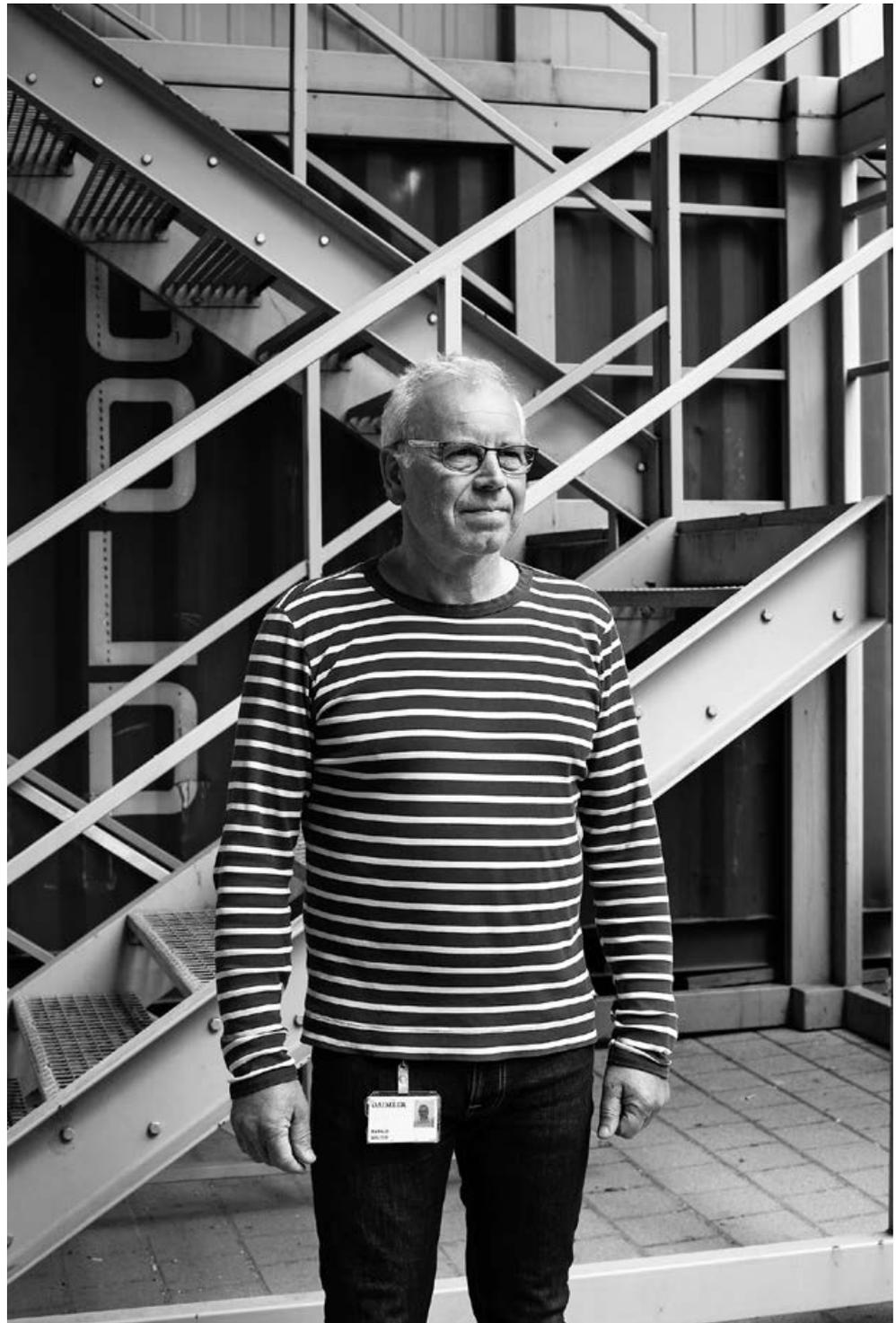
Egal wie altbacken «Frauenvertreterin» heutzutage vielleicht klingen mag, wir machen wichtige Arbeit. Gleichstellung ist gesetzlich verankert, aber immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Unser Werk in Untertürkheim ist ein Entwicklungs- und Produktionsstandort, wir haben etwa 25.000 Mitarbeitende. In der Entwicklung liegt der Frauenanteil etwa bei einem Drittel, in den Werkstätten sind es weniger. Ich würde schon sagen, dass Frauen bei uns mit ihrer Arbeit auf jeden Fall anerkannt sind. Aber es gibt bestimmte Dinge, die nicht in Ordnung sind, im Alltag, im Zwischenmenschlichen. Im Bereich Entwicklung der IG Metall haben wir mehrere Vertrauensleute, aber es ist keine Frau dabei. Und eine Frau wird vermutlich nicht zu einem Vertrauensmann gehen, um sich zu besprechen. «Frauenthemen» haben keinen Raum. Eine Quote könnte dazu führen, dass feministische Themen bei uns aufgewertet werden.

Obwohl Frauen bei Daimler unterrepräsentiert sind, habe ich das Gefühl, dass sie hier ganz gute Jobchancen haben. Aber wir müssen bei allem genauer hingucken, auch bei der Bezahlung. Wir haben zwar einen Tarif, aber es gibt eine Bandbreite an Entgeltgruppen. Es kann schon sein, dass Frauen benachteiligt werden, wenn sie vielleicht im Homeoffice arbeiten und weniger Präsenzzeit haben. Aber das Problem fängt ja oft viel früher an. Frauen arbeiten als Pflegerinnen, als Erzieherinnen, sie entscheiden sich für schlecht bezahlte Berufe. In der Industrie, wo viele Männer arbeiten, sind die gut bezahlten Arbeitsplätze. Wenn da der Anteil von Frauen geringer ist, bedeutet das, dass Frauen in der Summe schlechter entlohnt werden.

Und was mir noch Kopfschmerzen bereitet, ist die AfD-nahe Pseudogewerkschaft Zentrum Automobil. Wenn die weiter in der Automobilindustrie Fuß fassen, dann könnten alle Fortschritte, die wir bei der Gleichstellung gemacht haben, wieder zurückgedrängt werden.

Harald Walter, 57, ist Daimlermitarbeiter und Vertrauensmann der IG Metall





Karin Jordan, 53, ist Modedesignerin und Teil der Genossenschaft Weiberwirtschaft

Mode ist weltweit eine harte Branche. In Bangladesch werden Frauen ausgebeutet, wovon wir hier Nutznießer sind. Auch in Deutschland werden Frauen schlecht bezahlt, es gibt wenig flexible Arbeitszeiten, Näherinnen essen ihr Brot an der Maschine. Ich habe mich entschieden, in einer Nische zu bleiben und selbstbestimmt zu arbeiten. Niemand braucht viele Anzihsachen. Ich möchte nicht ständig neue Kollektionen entwerfen, auf Messen gehen und mich den Marktmechanismen unterwerfen.

Ich mache heute vor allem Mode für Frauen in Führungspositionen. Frauen können historisch gesehen noch nicht lange mitbestimmen, das bestimmt bis heute unbewusste Reaktionsmuster. Vor allem nach der Wende – ich komme aus der ehemaligen DDR - habe ich gespürt, dass Frauen mit ihrer Meinung in der Wirtschaft und Politik nicht deutlich genug vertreten sind. Mode ist für mich mehr als nur Form. Kleidung macht etwas mit unseren Körpern. Nicht nur über die Farbe und Stofflichkeit, sondern darüber, wie es sich anfühlt, wenn wir sie tragen. Bei Frauen ist zum Beispiel der Bauch ein ganz empfindliches Thema. Der Atem wird reduziert, man nimmt sich zurück. Das ist wie ein gesellschaftlich antrainiertes Korsett. Aber wir haben doch Kraft im Bauchraum!

Irgendwann hab' ich gemerkt, dass sich fast alle Frauen in Hosen irgendwie falsch fühlen. Ich habe dann fünf Jahre lang Hosen analysiert, um eine Hose zu schaffen, in der sich Frauen richtig fühlen, mit ihren Hüften, ihrem Po, ihren Oberschenkeln. Mode machen funktioniert wie Architektur, man kann einen Raum schaffen, in dem man sich gut fühlt. Ich habe mich nie explizit als Feministin verstanden, aber ich habe einen unbedingten Willen, von Frauen für Frauen etwas zu schaffen, damit sie zu ihren Stärken finden.

Johann Popp, 50, ist Krankenpfleger und Betriebsrat in der Hamburger Gesundheitshilfe



Meine Ausbildung zum Krankenpfleger hat viele verwundert. Der Großteil der Pflegekräfte ist weiblich, viele arbeiten in Teilzeit, viele sind alleinerziehend. Fürsorge wird ja traditionell dem Weiblichen zugeordnet und gesellschaftlich nicht so anerkannt. Das zeigt sich bis heute in der schlechten Bezahlung.

In der ambulanten Palliativpflege besuche ich Menschen zu Hause, damit sie würdevoll in vertrauter Umgebung sterben können. Es geht nicht nur um medizinische und pflegerische Versorgung. Wir sind zusammen, wir reden. Und wenn eine gute Bindung besteht, dann wird die Pflege einfacher, dann spielt zum Beispiel bei der Körperpflege das Geschlecht keine Rolle. Es geht um das Individuum, es geht um Fürsorge. Um all das zu verbessern, müssen wir die Care-Arbeit positiv besetzen, das findet sich in vielen feministischen Diskursen wieder.

Fürsorge widerspricht diesem Mainstreamdenken von Effizienz, das unser Gesundheitswesen dominiert. Mitgefühl und Zuwendung sind schlecht messbar. Zudem wird der Großteil der Pflegearbeit von Angehörigen übernommen, im Privaten und unentgeltlich. Das macht es für ausgebildete Pflegekräfte vielleicht auch schwieriger, wie Profis zu verdienen. Und es ist schwierig, unsere Rechte einzufordern. Wenn wir streiken, lassen wir Menschen in ihrer Not alleine. Wir können Pflegebedürftige ja nicht als Geiseln nehmen. Durch den Pflegenotstand ist vieles so eng getaktet, dass kaum Zeit für Verbesserungen bleibt. Das Erste, was sich deshalb ändern muss: Wir brauchen mehr Zeit und mehr Geld. Feminismus hilft, politische Forderungen zu stellen. So kann ich als Betriebsrat sagen: Wir müssen uns um Fürsorge kümmern. Wie kriegen wir das in einen Tarifvertrag?



Muhannad Qaiconie, 31, Student am Bard College und Mitbegründer der arabischen Bibliothek Baynatna

Ich habe das erste Mal in meinem Leben über Gender nachgedacht, als ich am Bard College einen kleinen Auszug aus Judith Butlers Buch «Gender Trouble» (Das Unbehagen der Geschlechter) las. Ich war so beeindruckt von dem Gedanken, dass wir unsere Geschlechtsidentität inszenieren und durch permanente Sprechakte bestätigen. Ich bin 2015 aus Syrien nach Deutschland geflüchtet. Ich bin also in einer mehr oder weniger geschlossenen und autoritären Gesellschaft aufgewachsen, einem Land, das durch Männer regiert wird. Im Arabischen Frühling hat sich unsere Gesellschaft stark verändert. Frauen waren ein wichtiger Teil der Revolution, sie sind nicht nur gegen das Regime mit auf die Straße gegangen, sie haben sich auch um die Verletzten gekümmert. Dann brach der Krieg aus. Mir wurde erst im Nachhinein klar, wie sehr Macht und Militär auf Gender basieren. Schon in der Schule wird Männern beigebracht, stark zu sein. Es wird ihnen gesagt, dass sie ihr Land verteidigen sollen. Das Ergebnis können wir nun sehen: Es gibt Krieg. Wir vergewaltigen Frauen. Wir töten. Diese Form von Sozialisation untergräbt die Würde jedes einzelnen Menschen. Deswegen braucht jede Gesellschaft Feminismus. Weltweit fordern Frauen gleiche Rechte ein, darum geht es: um Gleichbehandlung, um gleiche Bezahlung, um Mitbestimmung. Auch hier in Deutschland verdienen Frauen weniger Geld für die gleiche Arbeit, nur weil sie Frauen sind. In diesem Punkt unterscheidet sich Deutschland nicht von einem Land des globalen Südens. Und wissen Sie, in welchem Land die meisten Frauen im Parlament sitzen? Es ist Ruanda.

Ich habe übrigens nach einer arabischen Übersetzung von «Gender Trouble» gesucht – es gibt sie nicht. Ich möchte dieses Buch nun übersetzen.

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich viel getan: Es wird mehr über sexuelle Gewalt berichtet, es gibt Missbrauchsbeauftragte und viel mehr spezialisierte Beratungsstellen. Über 80 Prozent der Vergewaltigungen finden im sozialen Nahraum statt und es betrifft Frauen aller Altersgruppen und Milieus. Vergangenes Jahr gab es einen Paradigmenwechsel durch die Sexualstrafrechtsreform «Nein heißt Nein». Aber es wird viele Jahre dauern, bis das in den Köpfen der Betroffenen ankommt – und bei denen, die dieses Recht umsetzen. Die wenigen Frauen, die sexuelle Gewalt anzeigen, kommen oft nicht zu ihrem Recht. Die Quote der Verurteilungen in Deutschland ist im europäischen Vergleich sehr schlecht.

Die meisten Frauen, die zu uns kommen, haben sexuellen Missbrauch in der Kindheit oder eine Vergewaltigung erlebt. Viele wollen das Geschehene einordnen und Scham- und Schuldgefühle klären, um im Alltag wieder selbstbestimmt leben zu können. Wir lassen sie reden, wir hören zu, wir glauben ihnen. Oft werden sie im Alltag durch Schlüsselreize von ihrem Trauma eingeholt, reagieren mit Flashbacks oder Panikattacken. Dann zeigen wir ihnen zum Beispiel Atemübungen, die dabei helfen, sich wieder im Hier und Jetzt zu verankern.

Wir stecken unser Herzblut in die Arbeit, aber wir arbeiten alle am Limit. Als es etwa darum ging, das Sexualstrafrecht zu reformieren, hatten wir viel zu wenig Zeit, um Politiker*innen zu diesem Thema zu coachen. Unsere Expertise muss noch viel mehr dahin, wo sie gebraucht wird: in die Politik, in die Gesetzgebung. Gewalt an Frauen ist Ausdruck der Ungleichheit der Geschlechter. Wir brauchen immer noch «Frauenräume», um uns in einer männlich dominierten Welt zu definieren. Aber Frauen und Männer müssen miteinander reden, auch das ist unabdingbar.

Anette Diehl, 55, ist Traumafachberaterin beim Frauennotruf Mainz



Aktuelle Debatten und Entwicklungen

Eine Handvoll schwäbischer Aktivistinnen in Augsburg fordert «Grenzen sichern – Frauen schützen». Die jungen Frauen gehören zur Identitären Bewegung (IB), einer Organisation, die sich als modern und patriotisch darstellt, deren Inhalte jedoch denen der traditionellen extrem Rechten entsprechen. Wenn sie «Frauen wehrt euch!» bei Youtube, Facebook, WhatsApp oder auf der Straße fordern, dann meinen sie explizit gegen «importierte Gewalt», begangen von Migranten oder Geflüchteten. Häufig ist auf rechten Kundgebungen die rassistische Parole: «Rapefugees» zu sehen. Sexualisierte Übergriffe und Gewalt werden instrumentalisiert, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen, diese Strategie hat eine lange Tradition. Seit aber Pegida, Alternative für Deutschland (AfD) und neurechte Kreise die Sozialen Medien wie Facebook oder WhatsApp politisch dominieren, erweckt es den Anschein, eine selbstbewusste, patriotische Frauenbewegung sei im Aufbau. AfD-nahe «Frauenmärsche» locken bundesweit Tausende Anhänger*innen an – dass die meisten Teilnehmenden männlich sind, scheint zweitrangig. Die Hauptsache: In der ersten Reihe tragen Empörte Frauen ihren rassistischen Protest laut und auf Transparenten voran und werden wahrgenommen.

Feminismus wird als «Teil der verteuflerten Moderne» strikt abgelehnt, erklärt die österreichische Wissenschaftlerin und Buchautorin Judith Goetz auf dem Watchblog der Amadeu-Antonio-Stiftung «Bell-

«Es gibt Bestrebungen, eine Art völkischen Feminismus aufzubereiten.»

tower News». Doch es gebe Bestrebungen, «eine Art völkischen Feminismus aufzubereiten», so Goetz, es gehe darum, zu betonen, dass Frauen bestimmte «naturegegebene Fähigkeiten» hätten, die in den Vordergrund gestellt werden. «Antifeminismus wird als der eigentliche Feminismus verkauft, identitäre Aktivistinnen als die eigentlichen Frauenrechtlerinnen inszeniert.» Erzkonservative Publizistinnen wie Birgit Kelle verfolgen die Strategie einer Umdeutung in einen «femininen Feminismus». Das Ziel: Den von linken Frauenrechtlerinnen geprägten Begriff zu verwässern und neu zu besetzen.

So gründeten zwei Frauen aus dem Umfeld der «Identitären Bewegung» (IB) ein Blog mit dem Titel «Radikal feminin». Eine von ihnen, Studentin aus Tübingen, erzählt im Interview, für Sissi-Filme zu schwärmen und sich die erzkonservativen 1950er-Jahre zurückzuwünschen. Sie fordert auch: «Männer, hört auf, euch wie Waschlappen zu benehmen!» Eine andere IB-Aktivistin, Freya H. aus Köln, beklagt in einem Beitrag auf dem Videokanal Youtube, einen «Krieg der Geschlechter» und überhaupt zu viel Kritik an den Männern. Das «natürliche» Zusammenspiel zwischen Mann und Frau sei «aus dem Gleichgewicht gebracht worden», so die junge Identitäre, die in einer Dresdener Frauenburschenschaft aktiv ist.

Im AfD-Programm finde sich «kein Stichwort, dass Frau oder Geschlecht heißt», erklärt die Münchener Soziologin Prof. Dr. Paula-Irene Villa in einem Gespräch mit dem Hörfunk SWR2. Das Wort «Frau»

Wie die AfD und ihre Anhänger*innen versuchen, den von linken Frauenrechtler*innen geprägten Feminismus zu vereinnahmen und umzudeuten.

Heimattreu und aggressiv

tauche erst im Zusammenhang mit Familie und Kindern auf. «Weiblichkeit sitzt gewissermaßen in der Gebärmutter», so Villa. Starke Frauenorganisationen gibt es weder im Umfeld von AfD und Identitärer Bewegung – noch bei den Neonazis. Die seit 2006 existente NPD-Unterorganisation «Ring Nationaler Frauen» stellt keine eigenen frauenpolitischen Forderungen. Ihre politische Arbeit lebt von den Feindbildern. Emanzipation gilt als «Irrlehre». Als eine NPD-Aktivistin kürzlich von ihrem Freund, einem sächsischen Parteifunktionär, verprügelt worden war und sogar Fotos als Beweise weiterreichte, schwiegen die Kamerad*innen. Es gab keinen Aufschrei, wenig Solidarität für das Opfer. Das hatte ohnehin nicht die Stimme erhoben, der Fall war ohne ihr Zutun in den Medien gelandet.

Der Versuch, einen «nationalen Feminismus» zu etablieren, währte nur kurz. 2007 forderten drei junge Frauen des neonazistischen «Mädelring Thüringen»: «Deutsche Frauen wehrt euch – gegen das Patriarchat und politische Unmündigkeit», «Nationaler Feminismus voran!». Ihre Kritik richtete sich dabei auch gegen die eigenen Kameraden. Sie wollten Emanzipation, doch auf keinen Fall «Emanzen» sein. Die vorherrschende, «übertriebene Stilisierung der Mutterrolle» wurde in Frage gestellt. Eine für die braune Szene ungeheuerliche Provokation. 2008 schon war die Homepage des «Mädelring» nicht mehr abrufbar. Die Aktivistinnen, zum Teil gerade Mütter geworden, passten sich ideologisch der extrem rechten Mehr-

«Eine Studentin fordert: Männer, hört auf, euch wie Waschlappen zu benehmen.»

heit an. Bereits wenige Jahre zuvor waren junge Berliner Neonazistinnen mit ihrer Auflehnung gegen männlichen Chauvinismus gescheitert. Die «Mädelgruppe» der rechtsmilitanten «Kameradschaft Tor Berlin» hatte mehr Rechte für Frauen im Straßenkampf gefordert.

Ob NPD oder Identitäre Bewegung – am Frauenbild der extrem Rechten hat sich nichts geändert: Die deutsche Frau hat weiblich, heimattreu und untergeben zu sein. Politisch darf sie den Männern den Rücken stärken. Ihre Hausfrauen- und Mutterrolle wiegt schwer, denn «sie trägt die Zukunft der Kultur, der Nation und ihres Volkes im Leib». Der Feminismus dagegen untergrabe «europäische Kultur und Tradition» und bedeute den «Volkstod».

Sich gegen Beruf und Karriere zu entscheiden, ist selbstverständlich nicht per se antifeministisch. Eine Ideologie aber, die die Handlungsfreiheit von Frauen genau auf diese Rollenzuteilung beschränkt, ist zutiefst antifeministisch. Und als solche sollte sie auch erkannt werden. ■■■

Andrea Röpkke ist freie Journalistin und Buchautorin mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. Sie schreibt regelmäßig für das Fachorgan *blick nach rechts* und die *taz*. Für den WDR entstand eine 45-minütige Dokumentation mit dem Titel «weiblich, sexy, rechtsextrem» gemeinsam mit der Filmemacherin Caterina Woj. Ein interaktives Präventionsprojekt (www.kein-raum-fuer-rechts.de) beschäftigt sich ebenfalls mit der Rolle von Frauen und Mädchen in der rechten Szene.



Rechtspopulistischer Marsch durch Berlin unter dem Motto: «Wir sind kein Freiwild, Nirgendwo!!!»

Aktuelle Debatten und Entwicklungen

Die Urteil des Bundesverfassungsgerichts für eine dritte Geschlechtsoption im deutschen Recht ist ein großer Erfolg. Doch nur kurze Zeit später hat das Gericht eine skandalöse Entscheidung gefällt. Und fast niemand hat es bemerkt.

Transsexualität ist keine Krankheit

Von **Bini Adamczak**

Das deutsche Personenstandsrecht verletzt Grundrechte – das hat das Bundesverfassungsgericht im November 2017 festgestellt. Es sei diskriminierend, wenn Menschen gezwungen werden, ihr Geschlecht staatlich zu registrieren, dabei aber nur zwischen männlich und weiblich wählen können. Dieser Missstand lässt sich auf zwei Weisen aufheben. Entweder, indem mindestens eine dritte Option hinzukommt. Oder, indem der Zwang zur geschlechtlichen Registrierung für alle entfällt.

Das Urteil ist ein wichtiger Schritt. In einer identitätspolitischen Lesart ist es Ausdruck eines Kampfes, den Intersex-Menschen für Intersex-Menschen gekämpft haben. Doch den Erfolg haben die Aktivist*innen für alle Menschen erstritten, die mit irgendeinem Geschlecht leben müssen. Sie haben der höchsten juristischen Institution des Staates das Eingeständnis abgetrotzt, dass die herrschende Einteilung der geschlechtlichen Welt eine ideologische Fiktion ist. Der anmaßende Versuch, alle Menschen in das Ordnungssystem der Zweigeschlechtlichkeit zu pressen, ist damit strukturell und offiziell gescheitert – trotz all der aufgewendeten Gewalt an hormonellen, chirurgischen und psychiatrischen Maßnahmen.

Umso skandalöser ist es, dass das Bundesverfassungsgericht nur kurze Zeit später eine Verfassungsbeschwerde zum sogenannten «Transsexuellengesetz» (TSG) nicht zur Entscheidung angenommen hat. Dabei war der Gegenstand dieser Klage denkbar einfach. Die Klägerin wollte ihren tatsächlichen Namen und ihr gelebtes Geschlecht in die staatlichen Dokumente aufnehmen lassen. Ein simpler Verwaltungsakt.

Doch das deutsche Gesetz verlangt hierfür ein Gerichtsverfahren, in dessen Zentrum zwei langwierige psychiatrische Untersuchungen stehen, beschönigend «Gutachten» genannt. Am Ende soll ein Richter über das Geschlecht der Antragstellenden entscheiden. In den psychiatrischen oder psychologischen Zwangsuntersuchungen werden diese dann genötigt, ihr Leben gemäß den geschlechtlichen Kriterien der beurteilenden Ärztinnen nachzuerzählen. Die Gesprächsfetzen, die aus den geschlossenen Zimmern an die Öffentlichkeit dringen, klingen immer wieder, als entstammten sie einem Gruselkabinett aus der Mitte des 20. Jahrhunderts: «Machen Sie mal Ihren Oberkörper frei!», «Hatten Sie Geschlechtsverkehr mit

Männern oder mit Frauen?», «Wo haben Sie Ihre Partnerin beim Sex berührt?», «Lagen Sie oben oder unten?».

Im günstigsten Fall wird den Verhörten eine Krankheit diagnostiziert, im Fachjargon «Transsexualismus» genannt. Diese Krankheit, das ist die klare Anforderung des Gesetzgebers, muss unheilbar sein. Bestünde Aussicht darauf, dass sich das Geschlecht der zwangsuntersuchten Person noch einmal ändert, darf ihrem Antrag auf Änderung des staatlichen Geschlechtseintrags nicht stattgegeben werden. Hier wird nicht nur, wie beim Paragraphen 218, eine «Beratung» erzwungen, sondern auch die Entscheidung. Wohlgermerkt im Jahr 2018, nicht 1948! Müsste dann nicht auch vor einer Homo-Ehe überprüft werden, ob die Ehemwilligen dauerhaft homosexuell sind oder nicht die Gefahr eines Rückfalls besteht? Oder vor einer Hetero-Ehe, ob es noch Hoffnung auf Heilung gibt?

Bereits der Name des infrage stehenden Gesetzes ist in seiner pathologisierenden Terminologie nicht mehr zeitgemäß. Es verfolgt den Zweck, geschlechtliche Bewegungen staatlich zu kontrollieren, indem es sie an repressive Auflagen, Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen knüpft. Das ist auch dem Bundesverfassungsgericht nicht gänzlich entgangen. In den vergangenen Jahren riss es mehrere Löcher in das TSG. Ursprünglich verlangte das Gesetz von Menschen, die ihren staatlichen Geschlechtseintrag ändern lassen wollen, sich mithilfe einer Operation sterilisieren zu lassen. Diese Teile des Gesetzes dürfen laut Bundesverfassungsgericht nicht mehr angewendet werden. Ebenso wenig wie jener Gesetzesabschnitt, der von verheirateten Menschen, deren Geschlecht sich ändert, verlangt, sich scheiden zu lassen. Faktisch führte das Gericht damit bereits 2008 die Homo-Ehe ein.

Anders jedoch bei der gerichtlichen und psychiatrischen Psychopathologisierung von Menschen, die sich nicht der engen cisgeschlechtlichen* Norm¹ fügen. Laut oberstem Gericht verletzt sie nicht die Würde der zwangsbeurteilten Menschen. Dabei wäre es ja nicht zu beanstanden, wenn Psychiaterinnen und Psychologen, Medizinerinnen und Richter über einen Geschlechtseintrag entscheiden – solange es ihr eigener ist.

Es ist lange überfällig: Das TSG muss ersatzlos gestrichen werden. Wer seinen Namen in offiziellen Dokumenten ändern will, geht, wie in Malta, Argentinien, Dänemark oder Irland, zum Bürgerinnenamt und lässt ihn dort ändern. Einen staatlichen Geschlechtseintrag jedoch braucht es ebenso wenig wie einen Sexualitätseintrag. Eine dritte Option würde das Elend staatlich zugewiesener Geschlechtlichkeiten lediglich abschwächen, es aber nicht beenden. Praktischer und bekömmlicher ist es, geschlechtliche Einträge in Geburtsurkunden wie Reisepässen ganz zu streichen. Es lebt sich besser ohne sie. ■■■

Bini Adamczak ist Buchautorin. Zuletzt erschien von ihr 2017 das Buch «Beziehungswiese Revolution – 1917, 1968 und kommende», herausgegeben in der edition suhrkamp.

1 *«Cis» ist das lateinische Präfix für «auf dieser Seite, diesseits, binnen, innerhalb». Cis bezeichnet jene, die sich mit dem Geschlecht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde, identifizieren und sich entsprechend der Geschlechternormen verhalten.





Seit er denken kann, rennt Kater an gegen die Einteilung in Mann und Frau. Er erzählt, wie es ist, in der Bundesrepublik die eindeutige Zuordnung zu einem Geschlecht zu verweigern. Und was er sich wünscht, damit es Trans* menschen wie ihm besser geht.

«Es ist, als gäbe es uns nicht»

Elisabeth Schmidt-Landenberger im Gespräch mit Kater

Trans*

Die Schreibweise Trans* steht für Identitäten von Menschen, die sich dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht/Personenstand nicht oder nur teilweise zugehörig fühlen. Der Stern soll die Vielfalt der Selbstbezeichnungen symbolisieren und zum Beispiel auch Menschen einschließen, die sich im Zweigeschlechtermodell nicht wiederfinden. Trans* sagt nichts über die sexuelle Orientierung aus.

Wenn ich gefragt werde, wer ich bin, dann könnte ich erzählen, dass ich mich überwiegend vegan ernähre, drei Tätowierungen habe, Kampfsport mache und Tango tanze. Das alles ist für mich relevanter als die Frage, wo ich mich geschlechtlich einsortiere.

Ich sehe mich in erster Linie als Mensch. Danach kommt erst einmal gar nichts. Wenn ich mich unbedingt nach Genderaspekten einordnen müsste, dann würde ich sagen: Ich schwanke zwischen transmännlich und nichtbinär, also nicht ins Mann-Frau-Schema passend. Und ich schließe nicht aus, dass sich das nochmal ändert. Was das Pronomen betrifft, passt «Er» im Moment am besten. Es ist auch okay, kein Pronomen und nur meinen Namen zu verwenden.

Die Aufteilung in Männer und Frauen ist konstruiert, es sind für mich Labels, die Menschen nicht gerecht werden und die einschränken. Mir hat noch niemand überzeugend erklären können, was denn nun männlich ist und was weiblich. Dafür aber hat es eine riesengroße Bedeutung in dieser Gesellschaft. Und ich sehe nicht, dass das weniger wird. Im Gegenteil.

Im Sportverein: männlich oder weiblich. In den Geschäften: Männerabteilung, Frauenabteilung. In der Sprache: Sehr geehrte Damen und Herren. Sogar in der Kirche heißt es: Liebe Brüder und Schwestern! Ich dachte, gerade in der Kirche geht es um den Menschen. Ich habe mal eine Pfarrerin darauf angesprochen. Könnte man nicht zum Beispiel «Liebe Geschwister» sagen? Sie hat nur mit den Schultern gezuckt. Ich habe aber gerade in der Kirche auch unerwartet gute Erfahrungen gemacht und dort Menschen getroffen, von denen ich mich gesehen und akzeptiert fühlte.

Es hat bittere Konsequenzen, nicht genderkonform zu leben. Es beeinflusst mein ganzes Leben. Nehmen wir den ganz banalen Alltag. Ich gehe nicht auf Toiletten, die nach Mann oder Frau aufgeteilt sind. Entweder trinke ich dann nichts oder entscheide mich gleich für Orte, in denen es genderfreie Toiletten gibt. An meinem Wohnort, einer Großstadt, kenne ich alle. Wer darüber lächelt, weiß nichts darüber, wie viele Trans* sich fühlen. Es ist einfach, als gäbe es uns nicht.

Gleichzeitig kann ich mir nicht aussuchen, wann und wo ich plötzlich Thema bin. Im Urlaub, am Strand, kam letztens ein Paar auf mich zu. Man frage sich bereits seit geraumer Zeit, was ich



«Ich wünsche mir Solidarität von der Gesellschaft. Dass sie unsere Probleme nicht belächelt oder kleinredet.»

denn nun sei. Mann oder Frau? Als gäbe es in dieser Angelegenheit ein Grundrecht auf Auskunft. Wenn ich Menschen etwas länger kenne, kann ich durchaus etwas über mich erzählen. Aber den Zeitpunkt möchte ich, wie andere auch, selber bestimmen. Und lieber Fragen beantworten wie: Wer bist du? Was denkst du? Was fühlst du?

Ich nenne mich Kater, mein Vater hat mir diesen Spitznamen mal gegeben, als ich noch klein war. Damals gab es überhaupt kein Wissen darüber, keine Unterstützung für Transkinder wie mich. Viele hielten mich für einen Jungen, das fand ich gut so. Ich habe Fußball gespielt, mich auf dem Schulhof geprügel und beim Baden Shorts getragen. In der Pubertät wurde es dann richtig schwierig. Bist du nun Frau oder Mann? Da ich irgendwo dazugehören wollte, habe ich mir lange Haare wachsen lassen, mich der weiblichen Norm mehr angepasst. Aber ich war nicht ich selber.

Seit 2010 trage ich wieder kurze Haare. Und vor allem bekenne ich mich zumindest privat zu meiner Genderidentität. Es geht mir etwas besser, aber nicht gut. Ich kämpfe mit so vielen Dingen: Wie wird mein berufliches Leben aussehen? Werde ich da auf Dauer ein Doppelleben führen müssen? Werde ich Kinder haben? Wie finde ich einen Menschen, der zu mir passt?

Früher, als ich als Frau gelesen wurde, war es zum Beispiel leichter, Frauen zu daten. Ich versuche es heute auch über Partnerschaftsportale, aber wenn die etwas hören von trans* oder uneindeutiger Genderidentität, bekomme ich oft keine Antwort mehr.

Ich habe Psychologie studiert, und schon während des Studiums bin ich aus einigen Seminaren rausgegangen, weil dort gängige Genderstereotype als gesund bezeichnet und Abweichungen davon entweder ignoriert oder pathologisiert wurden. Meine Lebensrealität kam da meistens gar nicht vor. Ich würde mir wünschen, dass im Psychologiestudium kritischere und differenziertere Sichtweisen von Geschlecht vermittelt würden. Zurzeit mache ich eine Ausbildung als Psychotherapeut mit Schwerpunkt Verhaltenstherapie. Weil dort der Genderaspekt kaum eine Rolle spielt – anders als in der Psychoanalyse und der Tiefenpsychologie. Ich habe den Eindruck, dass bei beiden die Tendenz noch stärker ist, Menschen zu

pathologisieren, die sich nicht genderkonform verhalten. Schwule Bekannte, die eine Ausbildung in Tiefenpsychologie gemacht haben, haben mir erzählt, wie schwer es für sie war, das auszuhalten.

Ich denke, dass es für alle Menschen befreiend sein könnte, weniger in diesen Schubladen zu denken. Das fängt ja schon bei der Geburt an. Ist es ein Junge oder ein Mädchen? Oft die allererste Frage, wenn ein Mensch geboren wird. Und bevor das kleine Wesen denken und selbst entscheiden kann, wie es leben möchte, hat es bereits Blau an. Oder Rosa. Wenn ihm nicht sogar Schlimmeres angetan wird. Viele intersexuelle Kinder werden ja nur deshalb operiert, um in das Mann-Frau-Schema zu passen! Andere haben für sie entschieden. Eltern, Ärzte, die Gesellschaft.

Dass das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Regelung des Personenstandsgesetzes als verfassungswidrig eingestuft hat, freut mich sehr. Es könnte bedeuten, dass in Zukunft neben männlich und weiblich eine dritte Option angekreuzt werden kann. Das wäre auch als Symbol für uns sehr wichtig. Denn dann könnte nicht länger so getan werden, als gäbe es uns nicht. Ich selber würde allerdings eine solche dritte Option aus Angst vor Stigmatisierung im Moment noch nicht nutzen.

Von der Politik wünsche ich mir, dass wir als Gruppe anerkannt und vertreten werden. Zum Beispiel durch Aufklärungskampagnen und eine reformierte Schulbildung.

Außerdem brauchen wir einen Queer-Feminismus, der uns nicht ausschließt, sondern sich gegen Trans*phobie positioniert. Und obwohl sich viele Trans* als lesbisch oder schwul verstehen, ist Trans*phobie leider auch unter Lesben und Schwulen weit verbreitet.

Ich wünsche mir Solidarität von der Gesellschaft. Dass sie unsere Probleme nicht belächelt oder bagatelisiert, und dass Menschen, die sich im Zweigeschlechtermodell nicht wiederfinden, im Sprachgebrauch sichtbar werden. Dass Trans* auch in Stellenausschreibungen explizit angesprochen werden, das könnte ihnen wieder Mut machen, sich zu bewerben. Ich wünsche mir, dass Menschen respektieren, dass Genderidentität etwas Persönliches ist und ich nicht überall darüber sprechen möchte. Ich wünsche mir, dass sie mich nicht nach meinem «richtigen» Namen fragen. Denn das impliziert, dass da irgendetwas falsch ist. ■■■

Kater möchte in diesem Text nicht identifiziert werden. Wer Kontakt zu ihm aufnehmen möchte, kann das über die Autorin tun: mail@schmidt-landenberg.de

Elisabeth Schmidt-Landenberg ist verantwortliche Redakteurin des *Böll.Themas* und Medientrainerin.

Hintergrund

Die Frauenärztin Nora Szász betreibt, gemeinsam mit ihrer Kollegin Natascha Nicklaus, eine gynäkologische Praxis in Kassel. Im vergangenen Jahr wurden beide angezeigt, weil sie auf der Homepage ihrer Praxis darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Das Verfahren läuft: Die Ärztinnen haben sich entschieden, den Eintrag auf ihrer Website stehen zu lassen, und so ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen – der Abschaffung des Paragraphen 219a Strafgesetzbuch. Dieser Paragraph wird derzeit im Bundestag diskutiert. Vor allem AfD und Union wollen daran festhalten, da er «Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft» verbietet. Ein Gespräch über extremistische Lebensschützer, Hobby-Anzeigen, Selbstverständlichkeiten und Männer.

Böll.Thema: Frau Szász, haben Sie kurz darüber nachgedacht, den Eintrag, der über Schwangerschaftsabbrüche in Ihrer Praxis informiert, von Ihrer Website zu streichen?

Nora Szász: Nein. Wir waren uns von Anfang an im Klaren darüber, dass wir das nicht tun. Warum sollten wir eine Leistung, die wir durchführen, verschweigen? Wir haben uns einen Anwalt genommen und eine dreizehnseitige Verteidigungsschrift abgegeben. Im Februar hat der Staatsanwalt Anklage erhoben, inzwischen steht auch der Prozesstermin am 29. August fest.

Wie haben Sie auf die Anzeige reagiert?

Wir waren sehr überrascht, meine Kollegin Natascha Nicklaus und ich, und mussten den Gesetzestext noch mal anschauen: Was wurde uns da überhaupt vorgeworfen? Schließlich haben wir ein Schreiben aufgesetzt, in dem wir erklärt haben, dass wir uns keiner Schuld bewusst sind. Zurück kam ein Schreiben des Staatsanwalts: Das Verfahren würde eingestellt, wenn wir den Eintrag von der Website streichen.

«Es soll wieder heimlich passieren»

Annabelle Seubert im Gespräch mit Nora Szász

Wissen Sie, wer Sie angezeigt hat?

Sicher, das konnten wir dann aus der Akte ersehen. Wir wurden zunächst von Yannick Hendricks, einem Mathematikstudenten aus Kleve angezeigt, der hobbymäßig Online-Anzeigen gegen Ärztinnen und Ärzte erstattet, die Schwangerschaftsabbrüche auf ihrer Website aufführen. Und Anfang Oktober kam eine Anzeige von Klaus Günter Annen ...

... dem Betreiber von «babykaust.de», einem der bekanntesten «Lebensschützer». Wie erklären Sie sich, dass es nach fünfzig Jahren Frauenbewegung wieder eine Abtreibungsdebatte gibt?

Erst einmal sind es Annen und Hendricks, die den Paragraphen 219a in den Fokus gerückt haben. Annen hat auf seiner Homepage aufgelistet, wen er alles angezeigt hat, und dass er das seit 17 Jahren tut – wie eine Trophäensammlung. Er hat das als Möglichkeit entdeckt, Zugriff auf uns Ärzte zu nehmen. Und Hendricks ist ihm als Trittbrettfahrer gefolgt. Das Ganze hat zwar etwas Beklemmendes und Belastendes. Zugleich aber haben sich ein Bündnis der Gegenwehr und eine gesellschaftliche Debatte daraus entwickelt, die auch erfreuliche Punkte zeigen – gerade, wenn Sie sich das Engagement der Frauenbewegung in den Siebziger anschauen. Damals waren Schwangerschaftsabbrüche ja das Thema. Eines, um das es in den letzten Jahren still geworden war.

Werden Sie angefeindet, seit Ihr Fall öffentlich ist?

Die einzige Anfeindung, die wir bisher erlebt haben, ist die durch Herrn Annen, der uns auf seiner Website diffamiert und als «Tötungsspezialisten» bezeichnet. Wir erhalten im Gegenteil eine unglaubliche Unterstützung. Nicht nur von unseren Patientinnen, auch von Frauenprojekten und -verbänden, der Uni, Gewerkschaften, oder aus der Politik. Die Grünen und die Linke in Kassel haben sich von Anfang an mit uns solidarisch erklärt, inzwischen auch die hiesige SPD, die schon vor dem jüngsten Parteitag-

beschluss klar Position bezogen hatte für die Abschaffung des Paragraphen 219a.

Also wird bald alles gut?

Na ja. Wenn Sie zu bestimmten Veranstaltungen gehen oder in den Leserbriefforen der Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen lesen, finden Sie sehr wohl die, die sich vehement für das Lebensrecht des Ungeborenen einsetzen. Die Stimmung ist schon so, dass wir jederzeit mit Anfeindungen rechnen müssen.

Im Zuge der Debatte heißt es immer wieder, Abtreibungen würden an den Universitäten nicht mehr gelehrt. Ist das bloß ein Gerücht?

Nein, ich denke, das stimmt. Ich kann mich allerdings nicht daran erinnern, dass das Thema gewesen wäre, als ich studiert habe – Mitte der Achtziger bis Anfang der Neunziger. Das Operieren erlernt man eh erst nach dem Studium, in der Klinik.

Welche ist mittlerweile überhaupt die schonendste Methode, mit der Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden?

Die operative Methode ist hauptsächlich die Absaugmethode, das ist auch die schonendste. Leider sieht man in den Statistiken, dass es noch die Kürettagen gibt; das sind die Ausschabungen, die keinesfalls mehr up to date sind. Was den medikamentösen Schwangerschaftsabbruch mit Mifegyne und einem Prostaglandin angeht, muss man sagen: Da sind wir in Deutschland nicht so weit, wie man es beispielsweise in Schweden oder in der Schweiz ist. Mifegyne-Abbrüche kommen dort viel häufiger und mit guten Erfahrungen vor. Und das ist auch erstrebenswert: operative Eingriffe zu ersparen. >



Aktuelle Debatten und Entwicklungen

Ist die Kürettage denn riskant?

Die sanfteste Methode für die Gebärmutter-schleimhaut ist die Absaugmethode. Und bei einer Kürettage kann Schleimhaut verletzt werden, in der Folge können Vernarbungen entstehen. Beides sind – unter guten hygienischen Bedingungen und mit Erfahrung des Operateurs – risikoarme Eingriffe, aber viele Frauen wollen später doch nochmal ein Kind, dann ist es gut, wenn die Abbrüche so schonend wie möglich verlaufen. Vonseiten der extremistischen Lebensschützer gibt es ja alle möglichen Argumente, was an Schwangerschaftsabbrüchen problematisch und gefährlich sei. «Hochriskante Eingriffe», «erhöhte Krebsrate» und so. Das gehört in den Bereich der Märchen.

In manchen Regionen der Republik müssen Frauen für eine Abtreibung stundenlang fahren – und davor erst mal einen Arzt finden, der einen Abbruch vornimmt. Wie absurd erscheint Ihnen das?

Diese Entwicklung ist verheerend. Wie kann das in unserer Zeit noch sein! Ungewollt schwanger sein heißt: sich in einer Notlage befinden, Hilfe brauchen. Wenn eine Frau in Kassel einen Schwangerschaftsabbruch machen will, geht das einen bestimmten Weg. Vielleicht kommt sie zu mir – zum Gespräch und zum Ultraschall und zur Blutabnahme –, dann zur Beratungsstelle, und nach der gesetzlichen Frist in die Tagesklinik zum Abbruch. Sie findet einen klaren Ablauf, und der ist nicht nur hilfreich, sondern vom Schwangerschaftskonfliktgesetz so vorgeschrieben. Leider finden wir heute ganze Landstriche und Städte ohne ein solches Angebot. In Göttingen gibt es noch einen einzigen niedergelassenen Kollegen, der Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Einen – in der ganzen Universitätsstadt.

Was denken Sie, woran das liegt?

Ich sehe mit Sorge, dass das Machwerk von Annen und Hendricks – die Aktivitäten extremistischer Lebensschützer – langsam und kaum merklich zu den gesellschaftlichen Veränderungen führt, die sie erreichen wollen. Als Ärztin, die Frauen von jung bis alt begleitet, bin ich davon überzeugt, dass Kinderwunsch und Ungewollt-Schwanger-Sein einfach zum Frauenleben dazugehören. Dass Frauen selbstbestimmt entscheiden, wie sie damit umgehen, ist für mich etwas Selbstverständliches und Modernes. Und die Gegenbewegung versucht, genau diese Haltung in eine andere Richtung zu wenden. Ob das dazu führt, dass unter den nachrückenden Ärztinnen Schwangerschaftsabbrüche

als weniger selbstverständlich gelten, kann ich nicht sagen. Aber ich registriere wohl, dass der Schwangerschaftsabbruch wieder ein wenig mehr etwas geworden ist, das es versteckt zu tun gilt: Da darf man nicht drüber informieren. Das darf man nicht auf die Website schreiben. Das darf man nicht zeigen.

So nach dem Motto: Lieber nicht darüber reden, dass vergangenes Jahr rund 100.000 Frauen in Deutschland abgetrieben haben?

Das müssen wir eben gerade. Diese Frauen brauchen kompetente Hilfe, die wir ihnen ja bieten können.

Wie begleiten Sie eine Frau vor einem Abbruch?

Wenn eine Frau kommt und sagt, sie ist schwanger, frage ich sie: «Ist es eine gute oder eine schlechte Nachricht?» Wenn sie sagt, «es ist keine gute Nachricht für mich» oder «ich weiß nicht», sage ich, «dann konzentrieren wir uns jetzt erst mal auf die sachlichen Abläufe». Dann gehe ich mit ihr zum Ultraschall und sage nicht, «ich lass' Sie jetzt lieber nicht hinschauen, damit Sie den Herzschlag des Kindes nicht sehen» – ich sage gar nichts, mache den Monitor weg und den Ultraschall relativ zügig. Sie muss mir aktiv sagen: «Ich möchte es sehen.» Dann erkläre ich ihr den Ablauf und gebe ihr Raum für ein Gespräch. Wenn ich merke, dass sie mit sehr viel Ambivalenz oder Traurigkeit kämpft, nehme ich mir Zeit für sie, wir vereinbaren neue Gesprächstermine, und ich empfehle ihr, eine Beratungsstelle aufzusuchen.

Wie viele Abbrüche nehmen Sie vor?

Unsere Praxis macht das in sehr kleinem Rahmen: zehn bis vierzehn pro Jahr.

Sind die Männer der Frauen häufig dabei?

Ja. Man kann in der Zeit der Begleitung sehr gut sehen und spüren, ob Beziehungen intakt sind, ob ein Paar sich Geborgenheit gibt. Oft sind es auch Frauen in Notsituationen – in Trennungsmomenten, noch mal vom Ex-Mann schwanger oder vom Neuen, den sie kaum kennen. Man schaut da mitunter schon in Abgründe unserer Gesellschaft: Gewalt in Beziehungen und Ehen, gegenüber Frauen oder Kindern, ist leider nach wie vor ein entsetzlich großes Thema.

An welchen Fall denken Sie besonders oft?

Der erste, der mir einfällt, ist kein tragischer. Die Frau, an die ich denke, war zunächst sehr entschieden, einen Schwangerschaftsabbruch zu machen. Ihr Leben war bis dahin recht durchgeplant und sie auf dem Karriere-

weg. Sie hatte eine neue Stelle angenommen – und den Mann, von dem sie plötzlich schwanger war, eben erst kennengelernt. «Wie planbar ist Glück», darüber haben wir oft und lange gesprochen. Irgendwann meinte sie: Gut, dann kommt jetzt halt was anderes. Dann ist das jetzt so. Und dieses Kind ist auf der Welt.

Für die Generation nach Ihrer ist die Möglichkeit, abtreiben zu können, selbstverständlich. Wird ihr die Dringlichkeit des Themas erst durch die jetzige Debatte klar?

Ich finde es schön und bin stolz darauf, dass meine Generation durch die Frauenbewegung Dinge erreicht hat, die von der nächsten Generation als selbstverständlich gesehen werden. Aber allein die Tatsache, dass dieser Paragraf im Strafgesetzbuch verankert und eben deshalb mit einer Kriminalisierung verbunden ist, zeigt: Es bedarf einer Gesetzesänderung oder der Abschaffung des 219a. Und ich hoffe, die jüngere Generation setzt sich dafür ein.

Wie Sie.

Ich habe am Anfang, als unser Fall öffentlich wurde und man mich direkt fragte, ob ich in einer Fernsehrunde mitaufzutreten könnte, gedacht: Oh mein Gott, das geht überhaupt nicht, wie soll ich da den Mund aufkriegen? Mittlerweile weiß ich, dass ich nicht schweigen will: Meiner Berufsgruppe fällt die Aufgabe zu, ungewollt schwangeren Frauen zu helfen. Schwangerschaftsabbrüche sollten etwas Unaufgeregtes bleiben – oder besser: wieder werden. Um sie sollte Ruhe sein. ■■■

Annabelle Seubert ist Autorin und Redakteurin bei der taz, die tageszeitung.

Nora Szász ist Frauenärztin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, führt seit 2012 eine gynäkologische Gemeinschaftspraxis mit Natascha Nicklaus in Kassel. Als Assistenzärztin war sie in Frauenkliniken und gynäkologischen Praxen in Berlin, Wien und Kassel tätig.

Ideen, Projekte, Visionen

Das Internet kann sehr effektiv sein, wenn es darum geht, Macht- und Herrschaftsstrukturen zu hinterfragen oder gar zu ändern. Wenn es richtig genutzt wird. Wenn, ja wenn.

Das Internet ist ein wunderbares Werkzeug

Von **Francesca Schmidt**

Feministische Hashtags wie #MeToo, #aufschrei oder #schauhin haben gezeigt, wie sich per Twitter diskriminierende Strukturen offenlegen lassen und ganz nebenbei Betroffene miteinander vernetzen können. Das Netz erlaubt eine Transparenz, durch die sowohl Demokratie als auch Feminismus, gerne auch im Zusammenspiel, enorm gewinnen können.

Die Grundlage dafür sind offene Daten, die allen gleich leicht zugänglich sind, denn sie stärken demokratische Prozesse, an denen Bürger*innen aktiv beteiligt sind. In Berlin zum Beispiel werden rassistische Homo-, Trans*- und xenophobe Vorfälle von sogenannten Registerstellen digital gesammelt und frei zur Verfügung gestellt. Eine solche Sammlung an Daten – wenn sie weltweit erhoben werden – demonstriert, wann und wo dringend gehandelt werden muss. Sie kann auch helfen, auf Verantwortliche entsprechend Druck auszuüben.

Ein weiteres, ebenfalls globales Beispiel sind Morde an Frauen (Femicide). Wenn die Daten hierzu offen gesammelt würden, könnten sie vielleicht verhindern oder zumindest die Anzahl der Morde verringert werden. In jedem Fall würden auch hier Strukturen offengelegt und gezeigt, was konkret getan werden müsste. Die wheelmap.org – ein weiteres Beispiel – hilft, mit den gemeinschaftlich generierten Daten die Barrierefreiheit und Teilhabe für Menschen mit Handicap weiterzuentwickeln und deutlich zu machen, wo und wie ihre Lebensbedingungen verbessert werden könnten.

Daten, Zahlen und Fakten sind immer wieder Grundlage, um demokratisches politisches Handeln zu begründen. Fakten statt Szenarien. Das Internet als globale Struktur zum organisierten Sammeln der Daten steht bereit, es muss nur genutzt werden. Feministisches Handeln im Netz kann und sollte also heißen, sich genau dafür einzusetzen: Daten zu sammeln und sie im Netz zur Verfügung zu stellen. Und dabei auf offene Netzwerk- und Verteilungsstrukturen zu beharren, Stichwort: Netzneutralität. Nur so kommen alle Daten gleich schnell zu allen Nutzer*innen.

Daten sind wertvolle Rohstoffe

Daten, egal ob explizit offen gesammelt oder einfach nur generiert, sollten allen gleichermaßen gehören. Bisher jedoch sind sie vor allem Grundlage für Geschäftsmodelle, die mit Daten Umsätze in Milliardenhöhe machen. Gleichzeitig sind sie die Basis für Algorithmen und künstliche Intelligenzen. Noch wird es vielfach unterschätzt, doch Big Data, konzentriert auf den Servern weniger großer Unternehmen oder autoritärer Staaten, gefährdet die Demokratie im Kern.

Wie Daten gesammelt werden, spiegelt die gesellschaftlichen Strukturen wider, im Guten wie im Bösen. Sie können die Menschenwürde schützen oder gefährden. Besonders problematisch wird es,

wenn Technologie unkritisch als Motor für Problemlösungen eingesetzt wird, etwa im Bereich der Überwachung, Predictive Policing etwa, also die vorher-sagende Polizeiarbeit, verlässt sich bei Gefahrenanalysen und -abwehr auf Algorithmen. Die Freiheit der Einzelnen wird der vermeintlichen Sicherheit aller geopfert.

Our data to ourselves! Die feministische Forderung aus den 1970ern «Our bodies ourselves» ist heute leicht abgewandelt wieder aktuell. Doch wie lässt sich das bewerkstelligen? Klar, ein Weg wäre, anstelle von Facebook dezentrale Netzwerke zu nutzen. Die Idee, Daten als Geldäquivalent einzusetzen, muss ebenso überdacht werden. Fortschreitender Privatisierung und Kommerzialisierung von Technologie könnte mit der Forderung «Unsere Daten gehören uns!» etwas entgegengesetzt werden. Dann sind auch Kooperationen oder eine umfassendere Idee der (digitalen) Commons möglich bzw. können stärker werden. Die technische Struktur des Internets erlaubt das alles – doch bislang fehlt uns zumeist das politische Bewusstsein, die Möglichkeiten radikal-demokratisch zu nutzen. Auch deshalb braucht es feministische Netzpolitik.

Offenheit als subversive Strategie

Es gilt, offene Strukturen, offene Daten und offene Software als feministische subversive Strategie zu nutzen, um intersektionales Denken als Default, also Grundeinstellung zu etablieren. Macht- und Herrschaftsverhältnisse können so in den Blick genommen und mit technologischen Hilfsmitteln bekämpft werden. Einem demokratischen Staat, der Gleichberechtigung und Menschenwürde zum Grundrecht erklärt hat, muss es genau darum gehen.

Open Access, also der freie Zugang zu wissenschaftlichen Informationen, kann helfen, Vertrauen in Wissenschaft, aber auch Politik zurückzugewinnen, denn letztere ist auf Erkenntnisse angewiesen. Feministisches, also macht- und herrschaftskritisches Wissen ist dann nicht länger auf große kommerzielle Verlage angewiesen. Monetäre und klassistische Sperrn bei der Rezeption lassen sich dann einfach umgehen. Mit Hilfe des Internets und offener Strukturen kann Demokratie so vielfältig und integrativ gestaltet werden. Es ist an der Zeit, Medium und Technologie politisch progressiv zu nutzen. ■■

Francesca Schmidt ist Referentin im Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie und verantwortet den Bereich feministische Netzpolitik.



Warum ein Paritätsgesetz allein nicht mehr Frauen in die aktive Politik bringen wird – es sich aber lohnt, dafür zu kämpfen. Ein Gespräch mit der Grünen-Politikerin Ulle Schauws.

«Wir müssen wollen, dass Frauen kandidieren»

Heide Oestreich im Gespräch mit Ulle Schauws

Böll.Thema: Im Bundestag ist der Frauenanteil von 37 auf 31 Prozent zurückgegangen. Das ist der niedrigste Stand seit 20 Jahren. Hätte ein Paritätsgesetz den Frauenanteil tatsächlich auf 50 Prozent gehoben?

Ulle Schauws: So leicht ist das leider nicht. Am einfachsten ist es, die Wahllisten alternierend zu besetzen. Das hätte den Anteil der Frauen deutlich erhöht. Aber bei den Direktmandaten muss man schon kreativer werden.

Gerade in der Union sind viele Abgeordnete über Direktmandate in den Bundestag gekommen. In den Wahlkreisen aber hat man lieber Männer benannt als Frauen. Wie könnte man das ändern?

In Frankreich wird auf der Regionalebene in jedem Wahlkreis ein Tandem aus Mann und Frau aufgestellt. Etwas Ähnliches haben die Brandenburger Grünen vorgeschlagen: In den Wahlkreisen sehen sie ein Duo aus

Paritätsgesetz

Etwas die Hälfte der Länder weltweit haben sich laut Interparlamentarischer Union Regeln gegeben, um beide Geschlechter entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung im Parlament zu repräsentieren. Eine dieser Regulierungen ist ein Paritätsgesetz. Es kann zum Beispiel bestimmen, dass Wahllisten alternierend mit Frauen und Männern besetzt oder Direktmandate quotiert werden.

Mann und Frau als Direktkandidat*innen vor. Die Wähler*innen haben zwei Stimmen und können je eine Frau und einen Mann wählen, auch von verschiedenen Parteien.

Dennoch greifen solche Regelungen ja sowohl in die Parteienfreiheit als auch in die Wahlfreiheit der Bürger*innen ein, nicht wahr?

Ja, aber die Verfassung sieht eben auch die Gleichberechtigung vor. Es müssen zwei Grundrechte gegeneinander abgewogen werden. Wir prüfen gerade noch, wie andere Länder bei dieser Abwägung argumentiert haben. In Frankreich etwa wurde die Gleichberechtigung bei Wahlen neu in die Verfassung aufgenommen.

Und wird es danach einen Entwurf der Grünen für ein Paritätsgesetz geben?

Das ist noch nicht entschieden. Mit einem Gesetz allein ist uns auch noch nicht geholfen. Man muss politisch wollen, dass Frauen kandidieren. Das bedeutet, die Parteien müssen so attraktiv für Frauen werden, dass die sich aufstellen lassen wollen. Das betrifft uns Grüne wenig, aber Sie sehen, dass in der Union und der FDP die Debatte hochkocht.

FDP-Fraktionsvize Wolfgang Kubicki sieht keinen Handlungsbedarf. Er sagt: Wenn die Frauen nicht kandidieren wollen, kann ich ihnen auch nicht helfen.

Das würde ich bezweifeln. Viele Frauen würden in die Politik gehen, wenn die Voraussetzungen stimmen. Aber eine Partei, deren Chef auf dem Parteitag gegen vermeintliche «Genderideologie» wettet, wie Christian Lindner das gerade getan hat, und damit einen Kampfbegriff der Rechten gegen Gleichberechtigung nutzt – das stößt mich als Frau ab. Ich würde mich auch nicht von einer Partei angesprochen fühlen, deren Spitze das Innenministerium mit einer rein männlichen Führung besetzt und als erstes den Girls'Day absagt.

In Baden-Württemberg stellen die Grünen den Ministerpräsidenten und dennoch ist die Wahlrechtsreform mit paritätischen Listen gescheitert. Warum?

Die CDU hat sie – entgegen ihrer Zusage im Koalitionsvertrag – blockiert.

Und dann hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann eingelenkt. Er hätte auch sagen können: Das Wahlgesetz ist essenziell für uns.

Das Verhalten der CDU ist richtig ärgerlich. Die Koalition daran scheitern zu lassen, wäre aber auch wenig verantwortbar gewesen. Man muss weiter für diese Änderung des

Wahlrechtes streiten – und dieser Konflikt hat unserer Position dabei nicht geschadet, im Gegenteil.

Eines der Hauptargumente der Union gegen die Parität ist: Wenn sich in einer Partei überhaupt nur zu 25 Prozent Frauen engagieren, dann kann man nicht 50 Prozent Frauen bei einer Wahl aufstellen. Das klingt logisch, oder?

Das überzeugt mich nicht. Ein Parlament sollte die Bevölkerung paritätisch vertreten und nicht die Partei. Dass hieße ja, je weniger weibliche Mitglieder die Union hätte, desto weniger müsste sie Mandate mit Frauen besetzen. Auch die Grünen bestehen leider noch nicht zu 50 Prozent aus Frauen. Trotzdem wollen wir die weibliche Bevölkerung ebenso repräsentieren wie die männliche.

Das klassische Argument von Frauen gegen die Quote lautet: Man muss durch Leistung überzeugen. Weniger kompetente Quotenfrauen schaden der Sache der Frauen, weil sie Vorurteile bestätigen.

Wir Grüne haben ja mit der Quote schon viel Erfahrung. Die lautet: In der Realität werden diese Vorbehalte immer schnell zerstreut. Frauen wie Männer müssen sich gelegentlich in neue Gebiete einarbeiten. Kompetenz und Inkompetenz verteilen sich meiner Erfahrung nach nicht entlang der Geschlechtergrenzen. Das gilt in der Politik ebenso wie in der Wirtschaft.

Was ist Ihre Prognose: Wird sich in dieser Legislaturperiode etwas am Wahlrecht ändern?

Ich glaube, das wird sehr schwierig. Aber die Große Koalition wird diese Debatte nicht mehr loswerden. Und wir Grünen bleiben dran. Man darf auch das Beispiel aus Frankreich nicht unterschätzen. Emmanuel Macron geht wie selbstverständlich mit einer Quote voran. Da muss sich unsere Kanzlerin schon fragen lassen, warum sie das eigentlich nicht schafft. ■■■

Ulle Schauws ist Film- und Politikwissenschaftlerin und bekleidet das Amt der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag.

Heide Oestreich ist Redakteurin für Geschlechterfragen bei der *taz* und beim RBB Kulturradio. Sie ist eine der Autor*innen des regelmäßig erscheinenden *Feministischen Zwischenrufs* des Gunda-Werner-Instituts.

Ideen, Projekte, Visionen

Emanzipation wird für die Frau jeden Alters erst erreicht sein, wenn die ältere Frau in Gesellschaft und Öffentlichkeit einen respektierten Platz einnimmt. Dafür muss sich auch unser eigener Blick ändern.

Selbstbewusst und radikal ab sechzig

Von **Charlotte Wiedemann**

Wie können ältere Frauen Feministinnen sein? Die Frage ist mit Bedacht auf diese Weise gestellt. Denn es soll hier nicht um diese oder jene Position gehen, die in einer Debatte zu ergreifen wäre. Die Frage geht tiefer, sie berührt die Haltung zum Leben, zur Umgebung, zur Öffentlichkeit, sie berührt Denken, Empfinden, Verhalten.

Es soll einer jeden überlassen bleiben, ab wann sie sich als älter verstehen möchte. (Ich bin 63; wann, wenn nicht jetzt, wäre «älter»?) Und schon sind wir mitten im Thema. Viele Frauen schieben die Anerkennung ihres Alters so lange hinaus, bis sie ihnen aufgezwungen wird. Sie können ihr Ältersein dann nur als eine Niederlage erleben – als den Moment, in dem sie den Widerstand aufgeben müssen, weil er zwecklos geworden ist. Es bleibt ihnen nur übrig, sich zu

unterwerfen; sie betreten das Ältersein nicht erhobenen Hauptes, sondern unsicher und gedemütigt.

Für Frauen, die in der Öffentlichkeit tätig sind, wirkt dieser Mechanismus ganz besonders. Die ersichtlich ältere Frau ist in den Medien kaum präsent. Folglich muss das Alter verborgen werden, solange es geht, bei Strafe des Ausschlusses. Auf diese Weise ändert sich natürlich nichts; Ausschlussmechanismen basieren immer auf dem Gehorsam derer, die durch ihre Angst vor Ausschluss domestiziert sind.

Zum Jünger-Wirken-Wollen gehört nicht etwa nur das Färben der Haare (was unter weniger ideologisierten Umständen reinweg eine Frage des Geschmacks wäre). Sondern das Jünger-Wirken-Wollen ist in zweifacher Hinsicht ein Verzicht: Der Verzicht, auf einer Autorität zu bestehen, die Alter und Lebenserfahrung verleihen. Und der Verzicht darauf, sich abzusetzen vom ästhetischen wie geistigen Konformismus dessen, was der Öffentlichkeit als präsentabel gilt.

Es gab eine Zeit, da wurde Feministin-Sein beständig mit Altsein assoziiert. «Ältere Feministin» war ein abschätziges Wortpaar, gemünzt auf eine ideologisch Stehengebliebene. Diese Phase ist vorbei, junge Frauen schmücken sich erneut mit dem Begriff, und spätestens seit sich auch manche Musliminnen so bezeichnen, wissen wir, dass es nicht den einen Feminismus gibt, sondern eine Vielfalt von Feminismen.

Ich lebe in einem Stadtteil von Berlin, wo der Altersdurchschnitt niedriger ist als im deutschen Normalfall. Vielleicht fällt es leichter, sich realistisch zu verorten, wenn man umgeben ist von Menschen, die zwei, drei, vier Jahrzehnte jünger sind. Wenn ich mich in einer demografisch alten Umgebung aufhalte, fühle ich mich von falschen Modellen umzingelt. Wie im Frühstücksraum eines Hotels, wo Frauen in bevorzugender Fürsorglichkeit ihren etwas älteren Gatten am Büfett ins Ohr brüllen, was sie essen sollen,

«Jenseits der 60 feministisch sein heißt: eine uns je angemessene Stärke zu leben. Sich nicht gescheitert zu fühlen angesichts der Kriterien anderer, angesichts neoliberaler Einflüsterungen vom gelingenden Leben oder angesichts des neuen Ehe-für-alle-Biedermeiers.»

dabei den Umstehenden zuraunend: «Mein Mann braucht immer etwas länger.» Dieses fatale Gefühl von Wichtigsein und Gebrauchtwerden an der Seite eines Partners, dem sie sich vorher jahrzehntelang unterlegen gefühlt haben.

Ja, es gibt keinen Mangel an schlechten Vorbildern. Und warum wird die alberne These vom «unsichtbaren Geschlecht» gerade von Frauen immer wieder fortgeschrieben? Ihr zufolge ist Unsichtbarkeit ab dem Moment bewiesen, wenn Bauarbeiter nicht mehr pfeifen. Frauen, die ihr Leben lang dagegen gekämpft haben, auf ein Sexualobjekt reduziert zu werden, leiden nun darunter, kein Objekt mehr zu sein. Dafür sollten wir niemand anderes verantwortlich machen als uns selbst.

Aber es spiegelt sich in den Ängsten der älteren Frau auch ein gesellschaftlicher Zustand. Dass es nämlich für ein Frauenleben jenseits jugendlicher Attraktivität und/oder Gebärfähigkeit immer noch keinen ganz normalen Ort gibt. Auch ein Mann leidet unter dem Verlust von Sexappeal und Spannkraft, aber er käme nicht auf die Idee, sich als unsichtbar zu bezeichnen.

Neuerdings wird in Spielfilmchen und Partnerbörsen anerkannt, dass die ältere Frau eine Sexualität hat. Aber wächst daraus Würde?

Emanzipation wird für die Frau jeden Alters erst erreicht sein, wenn die ältere Frau in Gesellschaft und Öffentlichkeit einen respektierten Platz einnimmt. Dafür muss sich auch unser eigener Blick ändern: Wie leicht haken wir uns, wenn eine Frau auf dem Bildschirm erscheint, an etwas fest, was nicht perfekt ist; schon sind wir abgelenkt von dem, was sie zu sagen hat. Solange die Frauen selbst eine ältere Frau nicht wertschätzen, wird sich nichts ändern. Und zu oft spiegelt sich im Blick auf die Geschlechtsgenossin eigene Angst, Bitterkeit und Selbstverachtung.

Denn die Vorstellung, unsichtbar zu sein, wie ausgelöscht, verweist ja noch auf etwas anderes: auf eine besondere Kränkbarkeit und Verletzbarkeit. Konservativer zu werden, wie es allgemein bei Älteren vorkommt, hat bei Frauen deshalb eine besondere Note. Ressentiments entstehen häufig aus der Erinnerung an Verletzungen – Verletzungen, auf welche die Frauen nicht unmittelbar reagierten, als sie ihnen zugefügt wurden: sei es aus Schwäche, aus Vorsicht oder aufgrund von Berechnungen («im Alter nicht allein sein»), die sich später oft als falsch erweisen.

Solche Narben im Selbstwertgefühl haben ihren Anteil, wenn manche Frauen meiner Generation auffallend aggressiv auf Facetten der Einwanderungsgesellschaft reagieren, die sie als Zumutung empfinden, etwa muslimische Kopftücher. Die Angst, die eigene Lebensleistung im Kampf für Emanzipation könne vergebens gewesen sein, entfacht dann Leidenschaften, die ich lieber gegen andere Gegner gerichtet sähe. Vielleicht könnte mehr Selbstbewusstsein dazu bei-



Eine engagierte Bürgerin der Stadt Macerata in Italien bezieht Stellung gegen Faschismus und Rassismus, bei einer Demonstration am 10. Februar 2018.

tragen, über einen *weißen* Deutungsanspruch von Emanzipiert-Sein hinauszudenken.

Jenseits der 60 feministisch sein heißt: eine uns je angemessene Stärke zu leben. Sich nicht gescheitert zu fühlen angesichts der Kriterien anderer, angesichts neoliberaler Einflüsterungen vom gelingenden Leben oder angesichts des neuen Ehe-für-alle-Biedermeiers. Nicht zu hadern mit den Kompromissen der eigenen Biografie.

Wenn wir selbstgewiss, radikal und gelassen sind, wäre das ein «feminism by doing». ■■■

Charlotte Wiedemann ist Buchautorin, freie Journalistin und Trägerin zahlreicher Auszeichnungen. Sie lebt in Berlin.

Veröffentlichungen unter anderem:

«Der neue Iran. Eine Gesellschaft tritt aus dem Schatten», dtv, 2017

«Von dem Versuch, nicht weiß zu schreiben. Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt», Papy Rossa, 2018

Dieser Text erschien zuerst in der taz, die tageszeitung.

Ideen, Projekte, Visionen

Ob die Zukunft gut wird, hängt auch davon ab, ob die Gesellschaft der Zukunft eine gleichberechtigte Gesellschaft ist. Eine, die die Teilhabe aller Menschen ermöglicht.

Für einen solidarischen Feminismus

Von **Gesine Agena**

Vor ein paar Monaten bin ich zum ersten Mal Mutter geworden. Kinder, die heute in Deutschland geboren werden wie meine Tochter, haben eine statistische Lebenserwartung von über 80 Jahren.

Daran muss ich oft denken, wenn wir Grüne über das neue Grundsatzprogramm diskutieren, mit dem wir ja Antworten für die nächsten Jahrzehnte geben wollen. Das, was Politik heute entscheidet, wird Auswirkungen auf ihr Leben haben, das noch sehr lange dauern wird. Das gilt für die Klimakrise genauso wie für die Digitalisierung und die zukünftige internationale Ordnung.

Und ganz stark betrifft das eben auch die Frage, wie ernst wir es mit dem Feminismus meinen. Ich bin auch deshalb bei den Grünen, damit Frauen endlich die gleichen Rechte und Chancen haben wie Männer. Damit niemand wegen Hautfarbe, Herkunft oder geschlechtlicher oder sexueller Orientierung ausgeschlossen werden kann. Ob die Zukunft gut wird, entscheidet sich auch daran, ob die Gesellschaft der Zukunft eine gleichberechtigte Gesellschaft ist, die die Teilhabe aller Menschen ermöglicht.

Der Weg, den wir als Gesellschaft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gegangen sind, ist der Weg der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir haben bei der

rechtlichen Gleichstellung viel erreicht. Vergewaltigung in der Ehe ist strafbar, Frauen dürfen ohne Erlaubnis ihres Ehemanns arbeiten, und das Sexualstrafrecht wurde im vergangenen Jahr reformiert. Trotzdem sind Frauen immer noch ökonomisch schlechter dran als Männer. Und es gibt nach wie vor viele Dinge, die wir nicht einfach durch Gesetze abschaffen können: Sexismus, einschränkende Rollenbilder, subtile und offene Ausgrenzung von Menschen, die nicht in normative Vorstellungen passen. Dagegen kämpfen wir heute wie vor vielen Jahren. Wir befinden uns jetzt an einem Wendepunkt: Gehen wir weiter den Weg der Gleichberechtigung? Oder machen wir wieder einen Schritt rückwärts?

Denn wir erleben gerade, wie ein Kulturkampf von rechts ausgerufen wird. Von Männern und auch von Frauen, die diesen Weg zurück wählen wollen. Schon heute können Mädchen und Frauen ja nicht selbst über ihre Körper bestimmen. Und das sollen sie, wenn diese Kräfte sich durchsetzen, in Zukunft noch weniger tun können.

Ob in Politik, Medien oder Wirtschaft: Überall gibt es diese Boygroups, die Stimmung machen gegen Frauenrechte. Und auch die AfD hat ein Frauenbild von vorgestern. Zwar versucht sie ab und an zu proklamieren, sie stünde ein für Frauenrechte, doch das entpuppt sich schnell als rassistische Stimmungsmache.

In anderen (europäischen) Ländern sehen wir, wohin das alles führen kann. In Russland wurde Gewalt in der Ehe gerade entkriminalisiert. In Polen will die rechte Regierung das ohnehin schon restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen. Dies hätte zur Folge, dass Schwangerschaftsabbrüche legal kaum noch möglich wären.

All diese rechten Politiker*innen und Bewegungen eint, dass sie Frauen das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, abstreiten. Sie wollen entscheiden, was Frauen tragen sollen und was nicht. Sie tun nichts dafür, dass Frauen besser bezahlt werden. Auch nicht, dass Frauen besser vor häuslicher Gewalt geschützt werden. Sie wollen die geschlechtliche Vielfalt weiter ignorieren und zurückdrängen. Und sie wollen verhindern, dass Frauen ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch haben.

Ich will nicht in diese Richtung. Ich will in die andere Richtung.

Ich will, dass alle Mädchen, die heute geboren werden, frei entscheiden können, ob sie Kinder wollen oder nicht. Dass

sie selbst bestimmen können, wie sie sich geschlechtlich orientieren wollen. Dass sie als Kita-Erzieher*innen oder Pflegekräfte einmal nicht mehr dafür kämpfen müssen, dass ihr Lohn den Wert spiegelt, den der Beruf für unsere Gesellschaft hat. Ich möchte, dass sie in der Öffentlichkeit nicht diskriminiert und angegriffen werden, weil sie ein Kopftuch oder Minirock tragen. Ich möchte, dass Mädchen, die heute geboren werden, ohne Gewalt aufwachsen. Dass sie keine Angst haben müssen, wenn sie nachts allein unterwegs sind oder wenn sie nach Hause zu ihrem Partner kommen. Dass es selbstverständlich für sie ist, dass ihr Körper ihnen gehört.

Es kommt jetzt darauf an, dass wir nicht zurückgehen und nicht stehenbleiben, sondern weiter den Weg des Feminismus gehen. Damit Mädchen, die heute geboren werden, in Zukunft frei und selbstbestimmt leben können. Und zwar unabhängig davon, welchen Glauben, welche Herkunft oder welche Hautfarbe sie haben. Denn unser Feminismus ist intersektional und solidarisch. Wir Grüne wollen in diese Zukunft, denn wir sind die Partei des Feminismus. ■■■

Gesine Agena ist stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen.



«Feminismus und Geschlechterdemokratie» in der Heinrich-Böll-Stiftung

Wir engagieren uns für gerechte Verhältnisse zwischen allen Geschlechtern. Wir mischen uns in Debatten ein, klären Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Analyse und Praxis, bauen Netzwerke aus und erschließen neue. Dafür haben wir weltweit Programme aufgelegt und das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie gegründet. Wir beschäftigen uns stiftungsweit mit Themen wie Sexuelle Selbstbestimmung und Reproduktive Rechte, feministische Netzpolitik, Antifeminismus, Geschlechtergerechtigkeit, Geschlechterdemokratie und LGBTI. Neben aktuellen Artikeln und Veranstaltungen bieten wir Einstiege in unsere Themen unter: www.boell.de/de/feminismus-gender

Gunda-Werner-Institut

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung ist der feministische Leuchtturm der grünen Stiftung und signalisiert: Feminismen sind Teil grüner Bewegung und haben hier einen festen Platz. Das GWI beschäftigt sich mit der Frage, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussieht und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen. Geschlechterdemokratie lebt von der Auseinandersetzung und dem Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern. www.gwi-boell.de/de

Veranstaltung

Erinnerungen an mein vergessenes Land

Lesung und Gespräch mit Rabab Haider
Sa, 15. September 2018, 10-21 Uhr
Humboldt-Universität Berlin (im Rahmen der Feministischen Sommeruniversität)

Dossier

Decolonize 1968!

Zum 50. Jubiläum der Proteste von 1968 erinnern wir an die politischen Kämpfe, die feministische und linke Bewegungen bis heute prägen. www.gwi-boell.de/de/decolonize-1968

Demokratie braucht Feminismus

Wir zeigen auf, warum feministische Errungenschaften gegen Angriffe verteidigt werden müssen. www.gwi-boell.de/de/demokratie-braucht-feminismus

Ausstellung

«Where Love is Illegal» – Fotografien von Robin Hammond

21. Juni – 2. September 2018, Mi-So, 13-19 Uhr
f3 – freiraum für fotografie, Waldemarstraße 17, 10179 Berlin

Podcasts

Feministische Netzpolitik

Daniela von Horst und Francesca Schmidt sprechen über feministische Netzpolitik, digitale Gewalt und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz: www.gwi-boell.de/de/2017/05/03/podcast-hdp003-feministische-netzpolitik

Our Voices, our Choices

Geschichten aus aller Welt über Frauen- und LGBTI: <https://soundcloud.com/boellstiftung/sets/our-voices-our-choices>

Glossar

Was ist Feminismus?

www.gwi-boell.de/de/2018/05/25/was-ist-feminismus

Publikation

«Gender raus!» 12 Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik

Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin 2017, 32 Seiten

E-Papers

Kollektive Rechtsmobilisierung gegen digitale Gewalt

Berlin 2018, 40 Seiten
www.boell.de/e-paper

Frauen und Flucht: Vulnerabilität – Empowerment – Teilhabe

Berlin 2018, 82 Seiten
www.boell.de/e-paper

Alleinerziehende besser unterstützen

Reformbedarf im Unterhaltsvorschussgesetz
Berlin 2016, 31 Seiten

Projekt

«Weiter schreiben»

Ein literarisches Portal für Autor*innen aus Krisengebieten
<https://weilerschreiben.jetzt/>

Jüngste Veröffentlichungen:

Kabul, traurigste Stadt der Welt
von Mariam Meetra
<http://www.gwi-boell.de/de/2018/05/18/kabul-traurigste-stadt-der-welt>

Das Herz eines Wolfs kochen
von Rabab Haider
<http://www.gwi-boell.de/de/2018/03/21/das-herz-eines-wolfs-kochen>

Zuletzt erschienen

Download unter www.boell.de/thema



1 / 18
digital is okay!



2 / 17
Deutschland vor der Wahl



1 / 17
Die G20 am Scheideweg

Böll.Thema 2/18

Demokratie braucht Feminismus

«Feministische Themen und Fragestellungen sind so vielfältig wie gesellschaftliche Problemlagen, Kontexte und Debatten. Im Kern geht es immer darum, Dominanz und Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern (in ihrer Vielfalt) in den Blick zu nehmen, zu analysieren und Lösungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft für alle zu entwickeln.»

Henning von Barga, Soziologe und Pädagoge

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de